

*Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion . Antifa - Bund der Antifaschisten . Antirassistische Initiative . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands . Berliner Geschichtswerkstatt . Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener . Berufsverband Bildender Künstler . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin . Freunde der deutschen Kinemathek . Humanistischer Verband Deutschlands . Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . VVN - Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten . Werkbund-Archiv und viele Einzelmitglieder zusammengeschlossen zum*

*Verein*

**AKTIVES MUSEUM**  
Faschismus und Widerstand in Berlin

**Mitgliederrundbrief Nr. 32**

**Juni 1996**

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

wir berichten nun wieder über die Aktivitäten der letzten Monate und wünschen allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommerurlaub.

Im Herbst wird es eine Porto-Erhöhung geben, die uns hart trifft, denn wir müssen unsere Einladungen und Rundbriefe mit der Post versenden. Um unsere Arbeit weiterzuführen, sind wir auf Spenden und vor allem auf Mitgliedsbeiträge angewiesen. Deshalb auch heute die Bitte an die vielen Nicht-Mitglieder, die unseren Rundbrief erhalten: Werden Sie Mitglied! Es ist schließlich keine Entscheidung fürs Leben: Man kann jederzeit aus einem Verein wieder austreten, wenn er einem nicht mehr paßt. Für uns besteht der Vorteil darin, daß ein Verein mit hoher Mitgliederzahl mehr Gewicht in der Öffentlichkeit hat und daß sich Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen einigermaßen abschätzen lassen. Das ist die einzige Summe, die wir in den Zeiten ständiger Kürzungen im Kulturbereich wirklich sicher erwarten können.

Bei der letzten Mitgliederversammlung am 22. 6. konnten wir 14 neue Mitglieder aufnehmen. Damit haben wir außer den im Briefkopf ersichtlichen Vereinen 101 Einzelmitglieder, nicht alle von ihnen können den vollen Beitrag zahlen. Wenn wir es auf 200 Einzelmitglieder brächten, wäre die Miete der Geschäftsstelle und eine kleine Summe für die laufenden Ausgaben gesichert und damit die kontinuierliche Arbeit des Vereins.

Geschäfts- und Dokumentationsstelle : Chausseestr. 8, 10115 Berlin  
Telefon und FAX 030/281 51 98  
Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

## Inhaltsverzeichnis

Aktion am 21. März am Hindenburgdamm	S. 3
Dokumentiert: Schriftsatz von Prof. Dr. Peter Raue zum Vorgehen des Bezirksamts Steglitz gegen unser Straßennamen-Ergänzungsschild im Jahre 1994	S. 4
Dokumentiert: <i>Der Aufbau</i> , New York über unsere Ausstellung	S. 9
Wieder-Eröffnung der Ausstellung <i>1945: Jetzt wohin?</i> im Garten der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz Rede von Dr. Joachim Nelhans, Göteborg, zur Eröffnung	S. 10
Hans Coppi: Mit Arbeit und Ausdauer gegen das Vergessen. Gerhard Schoenberner zum 65.	S. 14
Georg Armbrüster: Eindrücke der Gedenkstättenreise des Aktiven Museums vom 11. - 17. Mai	S. 16
Aufruf zu einer Arbeitsgemeinschaft zur Nationalen Ausstellung Bundesrepublik Deutschland in Auschwitz	S. 21
Dokumentiert: Anita Kugler in der <i>taz</i> zur Podiumsdiskussion am 30. Mai	S. 22
Christine Fischer-Defoy: Spuren bewahren - Zeichen setzen Zur Diskussion über den Umgang mit den Funktions- und Wohngebäuden des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen	S. 23
Annette Leo: Abrechnung mit einer Heldenlegende	S. 25
Die ZeitZeugen Börse stellt sich vor	S. 26
Veranstaltungs-Vorschau Veranstaltungen des Aktiven Museums	S. 27
Andere Veranstaltungen	S. 32

Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss



Foto: Jürgen Henschel

Wiederholungstäter. Christine Fischer-Defoy und Martin Becher bei der Anbringung eines Straßennamen-Ergänzungsschildes mit folgendem Text: **Paul von Hindenburg und Beneckendorff, 2. 10. 1847 - 2. 8. 1934. Generalfeldmarschall und Reichspräsident.** Nach dem Sieg 1914 bei Tannenberg über nach Ostpreußen eingedrungene russische Armeen wurde er Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg. 1925 zum Reichspräsidenten gewählt. Er verantwortete die Entmachtung des Parlaments durch Notverordnungen. 1933 ernannte er Adolf Hitler zum Reichskanzler und setzte nach dem Reichstagsbrand die Grundrechte der Verfassung außer Kraft. Mit dem Hindenburgdamm wird die Erinnerung an einen Wegbereiter der deutschen Diktatur im Berliner Stadtbild bewahrt.

OPPENHOFF & RÄDLER Postfach 3018 50 10746 Berlin

Verwaltungsgericht Berlin  
Kirchstraße 7

10557 Berlin

Rankestraße 21  
10789 Berlin  
22. April 1996  
/juhPR  
95.620.71  
Durchwahl:  
(030) 214 96-187  
Telefax:  
(030) 214 96-207

In der Verwaltungsstreitsache  
**Verein Aktives Museum - Faschismus und  
Widerstand in Berlin e. V.**  
g e g e n  
Land Berlin  
- VG 1 A 27/95 -

beantragen wir,

die Verfügung des Bezirksamtes Steglitz von Berlin, Abteilung Bau- und Wohnungswesen, Tiefbauamt, vom 17. Mai 1994 in Gestalt des Widerspruchsbescheides des Bezirksbürgermeisters von Berlin-Steglitz vom 19. Dezember 1994 aufzuheben.

Der Kläger wendet sich mit dieser Klage gegen die Verfügung des Bezirksamtes Steglitz vom 17. Mai 1994 in der Gestalt des diese Verfügung bestätigenden Widerspruchsbescheides vom 19. Dezember 1994; mit diesen beiden Bescheiden wird der Kläger zu den angeblichen Kosten für die Beseitigung eines Hinweisschildes am Hindenburgdamm in Anspruch genommen. Diese Inanspruchnahme hält er für rechtswidrig.

## O&R Berlin

Dr. Gerold Bezzenberger, RA Notar  
Prof. Dr. Peter Raue, RA Notar  
Klaus Mock, RA Notar  
Dr. Lutz Ziesche, RA Notar  
Dipl.-Kfm. K.-M. Happe, RA Notar  
Dr. Max Bräuer, RA Notar  
Dr. Wolfgang Kuhl, RA Notar  
Nikolaus Beendle, RA Notar  
Hans-Hermann Rösch, RA Notar  
Georg Miggel, RA  
Klaus Jung, RA Notar  
Dr. Stefan Lütje, RA  
Dr. Kai Uwe Fritzsche, RA  
Hanns-William Mülsch, RA  
Thomas Schade, RA  
Dr. Raimund Körner, RA  
Dr. Gerlev Schuster, RA  
Dr. Gernod Meinel, RA  
Dr. Walter L. Rust, RA  
Dr. Cornelius Kleinlein, RA  
Dr. Christoph Wagner, RA  
Markus Hartung, RA  
Wolfram H. Gandleben, RA  
Dipl.-Kfm. Dr. Michael Best, RA  
Bernward Alpers, RA  
Dr. Sebastian Wille, RA  
Andreas Wilhelm, RA  
Jens Bock, RA  
Christopher Brimme, RA  
Roland Bernd Fabian, RA  
Dr. Jan Hegemann, RA  
Dr. Carl-Stephan Schwabe, RA  
Alexander Ebert, RA Notar

Rankestraße 21  
10789 Berlin  
Tel. (0 30) 214 96-0  
Fax (0 30) 214 96-100

\* Fachanwalt für Steuerrecht

† Fachanwalt für Arbeitsrecht

‡ Fachanwalt für Verwaltungsrecht

## O&R Frankfurt am Main

Mainzer Landstraße 16  
60325 Frankfurt am Main  
Tel. (0 69) 7 10 03-0  
Fax (0 69) 7 10 03-333

## O&R Köln

Höhenstaufenring 62  
50674 Köln  
Tel. (02 21) 20 91-0  
Fax (02 21) 20 91-435

## O&R Leipzig

Springerstraße 9  
04105 Leipzig  
Tel. (03 41) 5 66 49-0  
Fax (03 41) 5 66 49-199

## O&R München

Prinzregentenplatz 10  
81675 München  
Tel. (0 89) 4 18 08-0  
Fax (0 89) 4 18 08-100

Die Partner sämtlicher Standorte sind auf der Rückseite aufgeführt

## Alliance of European Lawyers (E.W.I.V.)

### Mitglieder

De Bandt, Van Hecke & Logez  
De Brauw, Blackstone, Westbroek  
Jeannot & Associates  
Legentor & Leman  
Oppenhoff & Rädler  
Una & Menéndez

Brüssel, Antwerpen  
Amsterdam, Den Haag, Rotterdam, Eindhoven  
Paris, Warschau  
Stockholm, Göteborg, Malmö  
Berlin, Frankfurt am Main, Köln, Leipzig, München  
Madrid, Barcelona

### Gemeinsame Büros der Mitglieder in

**Brüssel**  
Rue Broderode 13a  
B-1000 Brüssel  
Belgien  
Tel. (32-2) 505 02 11  
Fax (32-2) 502 26 44

**London**  
Rivers House  
Aldermanbury Square  
GB-London EC2V 7HR  
Großbritannien  
Tel. (44-171) 600 36 09  
Fax (44-171) 600 17 18

**New York**  
712 Fifth Avenue  
New York, N.Y. 10019  
USA  
Tel. 1-212-801-3410  
Fax 1-212-801-3415

**Prag**  
Jáchymova 2  
CZ-11000 Praha 1  
Tschechien  
Tel. (42-2) 232 11 20  
Fax (42-2) 232 63 31

## Loyens, Lefebvre, Rädler European Tax Network (E.W.I.V.)

### Mitglieder

Loyens & Volkmaars  
Bureau Francis Lefebvre  
Oppenhoff & Rädler

Amsterdam, Antwerpen, Brüssel, Eindhoven, Enschede, Haarlem, Den Haag, Rotterdam, Antwerpen, Aruba, Brüssel, Caracas, Genf, Genua, Hong Kong, London  
Luxemburg, New York, Paris, Singapur, Tokio  
Paris, Brüssel, London, Madrid, Moskau, New York, Rotterdam  
Berlin, Frankfurt am Main, Köln, Leipzig, München

A-VERWG,DOC

## I.

**Zum Sachverhalt:**

Der Kläger ist ein Zusammenschluß verschiedener Gruppierungen, die sich durchweg, politisch engagiert, mit dem Thema „Faschismus und Widerstand in Berlin“ befassen. Ich gebe zur Dokumentation die Seite 1 des Mitgliederrundbriefes Nr. 26 als **Anlage K 3** bei, dort finden sich in den oberen Zeilen die beim Kläger zusammengefaßten Gruppierungen.

Ausgelöst durch die Wiedervereinigung und die Zusammenführung der beiden Stadtteile Berlins kam es zu einer allgemeinen politischen Diskussion um Straßenumbenennungen, wobei weitgehend Einigkeit dahingehend erzielt wurde, daß Namen, die auf „aktive Gegner der Demokratie, Wegbereiter und Verfechter der Diktaturen aus den Jahren 1933 bis 1945 und 1945 bis 1989“ hindeuteten, zu beseitigen seien.

Der Kläger war mit verschiedenen Entscheidungen der dafür eingesetzten „Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen“ nicht einverstanden. Mehrfach hat er in Presseerklärungen gegen Entscheidungen dieser Kommission protestiert.

Im Anschluß an eine Rundfunkdiskussion über die Berliner Straßennamen, in der das Mitglied der Unabhängigen Kommission, Prof. Winkler, die Forderung aufgestellt hat, daß in Berlin keine Straßen nach solchen Menschen benannt werden dürfen, die zur Zerstörung der Ersten deutschen Republik beitrugen, hat sich der Kläger entschlossen, auf die Rolle des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg deutlich hinzuweisen.

1. Der Kläger hat deshalb am 27. April 1994 am Hindenburgdamm in Berlin-Lichterfelde eine Tafel mit folgendem Wortlaut angebracht:

„Paul von Hindenburg und Beneckendorf,

2. 10. 1847 - 2. 8. 1934

Generalfeldmarschall und Reichspräsident

siegte 1914 bei Tannenberg über nach Ostpreußen eingedrungene russische Armeen und wurde Chef der obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg. 1925 zum Reichspräsidenten gewählt. Er verantwortete die Entmachtung des Parlaments durch Notverordnung. 1933 ernannte er Adolf Hitler zum Reichskanzler und setzte nach dem Reichstagsbrand die Grundrechte der Verfassung außer Kraft. Mit dem Hindenburgdamm wird die Erinnerung an einen Zerstörer der ersten deutschen Demokratie im Berliner Stadtbild bewahrt.

**27. April 1994**

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.“



Wir geben zur Veranschaulichung eine Ablichtung eines entsprechenden Fotos des Hinweisschildes als **Anlage K 4** bei. Die Erläuterungstafel war 30 x 40 cm groß, aus Spanholz gefertigt. Diese Tafel konnte mit zwei Metallschellen an dem Mast des Straßenschildes befestigt werden. Diese Schwerstarbeit haben zwei Damen des Klägers - ohne Zuhilfenahme Dritter - mittels eines Schraubenziehers geleistet. Ich gebe ein Foto des „Anbringungs Vorgangs“ in Ablichtung als **Anlage K 5** bei.

2. Dieses Schild wurde - auf wessen Anordnung und durch wen, aufgrund welcher rechtlichen Überlegungen und aufgrund welcher internen Anweisung, ist unklar - durch den Beklagten bereits am der Anbringung folgenden Tag, dem 28. April 1994, wieder abgenommen. Der Beklagte ist der Ansicht, daß er die dafür angeblich aufgewandten Kosten vom Kläger ersetzt verlangen kann.

Er hat deshalb mit Verfügung vom 17. Mai 1994 den Kläger zur Zahlung von 114,82 DM unter Hinweis auf § 13 Abs. 2 Berliner Straßengesetz aufgefordert, der Widerspruch blieb erfolglos.

## II.

### Zur rechtlichen Würdigung:

Vor diesem Sachverhalt erweist sich die zulässige Klage als begründet.

1. Der Beklagte glaubt, seine Verfügung auf § 13 Abs. 2 BerlStrG stützen zu können. Diese Rechtsgrundlage trägt die Verfügung nicht.
- a) Voraussetzung für ein Eingreifen aufgrund dieser Norm ist es, daß der Kläger durch seine Maßnahme eine „Veränderung einer öffentlichen Straße“ vorgenommen habe. Bereits an diesem Tatbestandsmerkmal fehlt es: der Begriff der „Veränderung“ setzt Erheblichkeit und Eingriff in Vorhandenes voraus. Dies wird aus dem Zusammenhang der Vorschrift - insbesondere seiner Absätze 1 und 2 - deutlich: die „Veränderung“ steht gleichberechtigt neben „Beschädigung“ und „Aufgrabung“, belegt also, daß ein einfaches Hinweisschild eine solche Veränderung nicht darstellen kann. Die relativ kleine Tafel war mit Metallschellen an den Mast des Straßenschildes montiert, die Verbindung war ohne Beschädigung des Mastes mit leichter Hand anzubringen und mit noch leichterer Hand zu lösen.
- b) Auch aus § 2 BerlStrG ergibt sich eine derartige Anspruchsgrundlage für die Forderung des Beklagten nicht. Denn auch gemessen am Maßstab der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs kann das angebrachte Schild keineswegs eine Behinderung dieser zweifelsohne zu berücksichtigenden und beachtenswerten Größe führen.

2. Scheidet das Berliner Straßengesetz als Anspruchsgrundlage aus, so kommen allenfalls die polizeirechtlichen Bestimmungen des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes [ASOG] als Anspruchsgrundlage in Betracht.
- a) Dies erkennt auch der Kläger: daß die Anbringung des Schildes nicht mehr im Bereich des Gemeingebrauches liegt, sondern hier eine Sondernutzung vorliegt. Der Beklagte hat aber nicht geprüft, ob die Genehmigung für eine solche Sondernutzung zu erteilen ist, obwohl er diese Überlegungen vor Anordnung der Beseitigung hätte anstellen müssen. Die Verfügung ist also bereits deshalb rechtswidrig, weil eine solche Prüfung offensichtlich unterblieben ist, - die Verwaltungsvorgänge lassen vielmehr vermuten, daß die Polizei das Anbringen des Schildes für eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gehalten und diese Gefahr für so aktuell dringlich und unabweisbar angesehen hat, daß sie ohne jede Prüfung der Genehmigungsfähigkeit dieses Schildes dieses hat abnehmen lassen.
  - b) Eine Prüfung des Rechtsvorganges hätte ergeben, daß das Schild hätte genehmigt werden müssen, da die Sondernutzung zulässig ist. Der Beklagte wird schwerlich dartun, daß das „öffentliche Interesse“ der Sondernutzungsgenehmigung entgegensteht: der Kläger holt nach, was die politisch Verantwortlichen versäumt haben: auf den unbestrittenen und unbestreitbaren Umstand hinzuweisen, daß Hindenburg der schlechthinige Steigbügelhalter für die Machtergreifung Hitlers ist. Hätte Hindenburg Hitler nicht zum Reichskanzler gemacht - und er hatte Alternativen -, sähe die Welt heute anders aus. Damit kann es kein denkbare öffentliches Interesse geben, das einem solchen, der Wahrheit entsprechenden Hinweis als unzulässige Sondernutzung bezeichnen würde.
  - c) Schließlich ist bei der Abwägung zu berücksichtigen, daß der Kläger von seinem Recht auf politische Meinungsfreiheit Gebrauch macht: damit hätte der Beklagte zwischen dem Recht des Klägers auf politische Meinungsfreiheit und dem Interesse des Beklagten, die Beschilderung der Straßen, die Bezeichnung der Menschen, nach denen die Straßen benannt sind, selbst zu formulieren, abwägen müssen. Ein solches Abwägungsgebot kann nur dazu führen, daß der sachlich gehaltene, der Wahrheit entsprechende, politisch notwendige Hinweis bestehen bleiben muß. Dies umso mehr, als die eingangs zitierte Bestimmung des Berliner Straßengesetzes es zumindest fraglich erscheinen läßt, ob der Reichsfeldmarschall von Hindenburg eine geeignete Person ist, nach ihm eine Straße in Berlin zu benennen.
3. Soweit - was das Gericht zu prüfen haben wird - hier überhaupt die zuständige Behörde gehandelt hat, bleibt die Verfügung aber auch deshalb rechtswidrig, weil sie unverhältnismäßig ist. Entsprechend der im ASOG vorgesehenen Abstufung der

Zwangsvollstreckungsmittel hätte hier zunächst der Kläger aufgefordert werden müssen, das Schild abzunehmen und erst nach Bestandskraft dieser Verfügung und Weigerung des Klägers, einer solchen Verfügung nachzukommen, hätte die Ersatzvornahme durchgeführt werden dürfen. Eine „Gefahr im Verzug“, die das sofortige Abnehmen des Schildes geboten hätte, ist, wahrlich, nicht ersichtlich.

4. Da bleibt der Einwand von minderm Gewicht, daß die Gebühren für die Beseitigung des Schildes unverhältnismäßig sind. Das Gericht wird zu prüfen, der Beklagte wird zu klären haben, ob es wirklich erforderlich gewesen ist, für die Abnahme dieses Schildes - zwei Damen haben es ohne LkW und Handwerkerstunden mit einem Schraubenzieher angebracht - den in Rechnung gestellten Aufwand zu betreiben: eine Stunde Baufacharbeiter, eine Stunde Baufachwerker, einen LkW (Stundensatz 52,18 DM!) werden mit zusätzlichen 77 % Gemeinkosten in Rechnung gestellt, um - wie es in der Kostenaufstellung so schlicht und schön heißt - ein „Erläuterungsschild entfernt“ zu haben. Auch bei Ersatzvornahmen ist das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu wahren, - und diese Pflicht hat der Beklagte sehr offensichtlich verletzt.

Zwei Abschriften anbei



Raue



Ausstellung: "1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr ... nach Berlin?"

## Berliner auf der Suche nach Heimat

Der Verein Aktives Museum in Berlin wird seine Ausstellung "1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr ... nach Berlin?" am 1. Mai im Garten der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz wiedereröffnen. Sie wurde letzten Sommer im Anhalter Bahnhof in Berlin zum ersten Mal gezeigt.

Zu der Ausstellung wurde auch ein Katalog herausgebracht, der in einzelnen Aspekten noch ausführlicher ist. In der

wieder mußte Helmut Blume von Neuem anfangen, sein Leben neu ordnen — und doch wurde er schließlich Professor für Klavier an der McGill Universität in Montréal.

Nicht für alle gibt es ein Happy-End. Einige scheitern in der neuen Heimat und viele kehren gerade deshalb wieder zurück nach Berlin, der Stadt mit der viele aber keinen Frieden mehr schließen können. So sagt Hilde Eisler noch 1995:

schließt mit dem folgenden Absatz:

"Eine neue Generation, es ist schon die dritte, arbeitet nun in New York beim Aufbau. Der Untertitel heißt heute: America's only German-Jewish Publication. [...]"

Aufbau-Reconstruction, das war die Devise vor 60 Jahren. Aus Berlin, aus der alten Welt, waren sie in die neue Welt gekommen und bauten wieder auf. Sie haben es geschafft. They did make it, das hört man überall in den USA über diese Einwanderergruppe.

Wir in Berlin denken daran, daß der Aufbau in der Neuen Welt notwendig wurde, weil von hier, von nebenan, von

der Wilhelmstraße aus, von der Kurfürstenstraße, von der Prinz-Albrecht-Straße, das jüdische Leben zerstört wurde."

**Die Ausstellung 1945: Wohin jetzt? Exil und Rückkehr ... nach Berlin? ist vom 1. Mai bis zum 15. Oktober im Garten der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz zu besichtigen.**

**Der 350-seitige Katalog ist über das Aktive Museum e.V., Chausseest. 8, 10115 Berlin erhältlich.**

**TEL: 011-49-30-2815198**



1945: Deutsche Emigranten in der Schweiz erwarten die Öffnung der Grenze nach Deutschland. (Bildarchiv Ringier, Zürich, entnommen aus dem Ausstellungskatalog).



1947: Wiedersehen von Ludwig Renn, Erich Kästner und Lilly Becher in Berlin

Tat übersteigt das Buch bei weitem seine Begleitfunktion und ist eine sorgfältige Zusammenstellung und Darstellung der Schicksale der Berliner Emigranten.

Die Beschränkung auf die Emigranten macht Sinn: Als Flüchtlinge vor dem Holocaust sind sie auch als Opfer des Holocausts dargestellt, was angesichts der sechs Millionen ermordeten Juden nur allzu leicht in Vergessenheit gerät.

In drei Teilen werden die Lebens- und Schicksalswege der Berliner Emigranten umfangreich beschrieben. Der größte Teil besteht aus den Lebensläufen von 72 Berliner Emigranten: Tabellarisch werden die Lebenswege nachgezeichnet, durch die Anreicherung mit Fotos und vor allem Zitierten wird daraus ein lebhaftes Portrait.

Der Leser kann begreifen, warum auch ein vergleichsweise harmlos klingendes Schicksal wie etwa von Helmut Blume, der nach seiner Flucht nach England wenig später zweimal als feindlicher Ausländer interniert und schließlich auf einem Gefangenschiff nach Kanada verschleppt wurde, eine unerhörte Lebensschmerz bedeutete. Immer

"Ich habe mich innerlich mit Händen und Füßen gestraubt, in dieses Deutschland zurückzugeben. Ich habe meine ganze Familie in der Shoah verloren. Ich habe überhaupt niemanden mehr gehabt. Ich habe dieses Land gehabt wie die Pest, und ich hab es heute noch nicht lieb."

Der dritte Teil des Kataloges beschäftigt sich dann auch eingehend mit dem Verhältnis der Emigranten zu Deutschland und Berlin, während der zweite Teil die einzelnen Emigrationsländer beschreibt. Beides, die Lebensmöglichkeiten und das Verhältnis zum Emigrationsland als auch die Perspektiven in und die Haltung gegenüber Deutschland waren für die jeweilige Entscheidung über die Rückkehr in den meisten Fällen ausschlaggebend gewesen.

Der Aufbau diente den Autoren nicht nur als Quelle zahlreicher Zitate, sondern ihm wurden auch als gewichtiges Sprachrohr der Emigranten 34 Seiten gewidmet. Die Geschäftsführerin des Aktiven Museums, Christiane Hoss, beschreibt hier in vielen Ausschnitten die Ansichten über Deutschland und die Gefühle diesem Land gegenüber und



Foto: Georg Armbrüster

#### Joachim Nelhans spricht zur Eröffnung am 1. Mai

Ich möchte mich vorerst dafür bedanken, daß Sie mir gestatten, Ihnen einige Worte zu sagen zur Wiedereröffnung der Ausstellung *1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr*. Diese Ausstellung, die im vorigen Jahre mit so großem Erfolg zur Wiederholung animiert hat, trägt als Überschrift oder besser als Geleitwort, Worte des großen Dichters Heinrich Heine. Auch er mußte die Heimat verlassen, auch er mußte den bitteren Kelch der Emigration leeren. Ihm, dem vielleicht deutschesten aller deutschen Dichter, war die Heimkehr nicht vergönnt. Heinrich Heines Emigration war jedoch rein politisch bedingt, in dem Sinne, daß ihm die Heimkehr, theoretisch gesehen, bei geänderter politischer Manifestation nicht verwehrt worden wäre. Wir aber, die ins Exil gingen, waren gezeichnet, jedenfalls die allermeisten, mit dem Kains-Zeichen des Judentums. Doch auch wir, wohl auch hier die meisten von uns, gingen in die Emigration als Deutsche.

Wenn ich also jetzt vor Ihnen das Wort ergreifen darf, so tue ich es als Deutscher. Als Deutscher klangen mir in den 63 Jahren meiner Emigration im Herzen immer die Lieder Heines nach, von denen ich noch heute mit seinen Worten sagen kann: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht." und "Sie küßte mich auf Deutsch und sprach auf Deutsch, es klang so wunderbar..."

Es ist ja die Sprache, die Muttersprache, die, so denke ich, die Identität eines Menschen begründet. Mit dem Verlust der Sprache geht man auch eines Teiles seines Kulturerbes verlustig. Dennoch sollte man jede neue Sprache, der man sich bedienen kann, als einen Kulturgewinn

freudig begrüßen. So habe ich es getan. Für mich war es nicht schwer, denn mein Exil führte mich in das Deutschland benachbarte Schweden, das eng mit der deutschen Sprache und der deutschen Kultur verbunden ist. Ich habe daher keine größeren Schwierigkeiten gehabt, die Emigration zu ertragen. Außerdem machte der Nazi-Krieg einen großen Umweg um Schweden. Hierdurch wurden wir von den Schrecken dieses barbarischen Krieges verschont. Auch wir, die Emigranten, durften uns glücklich schätzen, auf einer geschützten Insel gelandet zu sein. Und da wir zusammen mit der übrigen Bevölkerung die Sorgen des Alltags gleichweise mit den Freuden eines friedvollen Lebens teilen durften, war auch aus diesem Grunde die Emigration leichter zu tragen.

Vielleicht interessiert Sie mein Werdegang - von der Heimat in die Emigration, aus der ich nicht zurückgekommen bin. Als Redner begann ich schon im Alter von 3 Jahren, als mein mütterlicher Großvater seinen 70. Geburtstag feierte. Dies war am 22. Dezember 1914. Der Erste Weltkrieg war schon fast ein halbes Jahr alt. Die Marne-Schlacht, in die der Bruder meiner Großmutter als Generalarzt ritt, war verloren und damit auch der Krieg für Deutschland. Ich wollte auch eine Festrede halten. Meine Mutter stellte mich auf einen Stuhl und ich fing, anstatt zu sprechen, zu singen an: "Deutschland, Deutschland über alles..." sang ich zur größten Freude der Familie. Diese war sicher sehr stolz auf mich, den kleinen Jungen, der auf diese Weise ein natürliches Vaterlandsgefühl zum Ausdruck brachte.

Die nächste Rede hielt ich zum Abitur. Das war zu Ostern 1929. Da versprach ich unseren Lehrern an der Kantschule in Karlshorst als Dank dafür, daß sie uns so weit gebracht hatten, sie mit unseren späteren Erfolgen in unseren Berufen und mit sonstigen Taten zum Nutzen des Vaterlandes zu ehren. Ich studierte das Jus an der Universität Berlin und wurde Ende November 1932 zum Gerichtsreferendar ernannt. Ich wurde zum Amtsgericht Neuwedell in der Neumark versetzt. Der Ort liegt heute in den polnischen Westprovinzen.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 1. April stand das deutsche Volk spontan und einmütig auf, um handfest im bekannten Nazistil gegen die *Greuelpropaganda* der jüdischen Emigranten und der Flüchtlinge zu protestieren, die die *nationale Revolution* beschmutzt hatten. Die Juden in Deutschland sollten dafür büßen. Dieser Tag wurde zum *Judenboykott-Tag* ausersehen. Das bedeutete für meine Wenigkeit, daß ein SA-Mann vor das Amtsgericht postiert wurde, um mir den Zutritt zu verhindern. Schon am Morgen wurde ich mit KZ bedroht, falls ich mich zu meinem Amtssitz begeben würde. Einige Tage später wurde das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* veröffentlicht, wodurch alle Beamten jüdischer Abstammung, bis zu den Großeltern, unmittelbar aus dem Dienst entlassen wurden, falls sie nicht Frontkämpfer gewesen waren oder Väter oder Söhne im Kriege geopfert hatten. Mein Vater überlebte den Krieg, leider für ihn, denn er überlebte später nicht das KZ.



Die Emigration, glaubte ich, würde meine Rettung sein. In Paris kannte ich aus der Studienzeit den Eigentümer der *Neuen Pariser Zeitung - Nouveau Journal de Paris*, wo ich Anstellung erhielt. Die Zeitung wurde aber bald gleichgeschaltet im nationalen Sinne. Nach einem halben Jahr verstand ich, daß ich in Frankreich unter einer Wirtschaftskrise wie in der ganzen Welt keine Zukunftsaussichten hatte. Wie der Riese Antaios neue Kräfte sammelte, wenn er im Kampf mit Herakles seine Mutter Gaia, die Erde, berührte, so sagte ich zu meinen französischen und deutschen Freunden, werde ich nochmals in Deutschland, meiner Mutter Erde, einen neuen Anfang suchen. Kurz nach meiner Wiederkehr las ich in der *Jüdischen Rundschau* in Berlin eine Annonce, in der ein Lehrling von einer Großhandelsfirma gesucht wurde. Ich antwortete, wurde zu einem Interview eingeladen und: *veni, vidi, vici*, ich kam, sah, und siegte. Ich erhielt die Anstellung: doch diese war nach ein paar Monaten für Schweden bestimmt. Die Firma unterhielt eine Filiale in Stockholm für den Einkauf skandinavischer Erze und für den Vertrieb von Produkten der *Hirsch Kupfer- und Messingwerke* in Niederfinow, nördlich von Berlin. Meine Eltern konnte ich nicht nach Schweden retten. Dieses Land war eines der fremdenfeindlichsten Staaten jener Zeit, nazifreundlich und judenfeindlich. Meinem Vater, der sog. *arische* Webereien vertrat, wurden die Existenzmöglichkeiten nach der *Kristallnacht* genommen. Im Juni 1942 wurden die Eltern nach Theresienstadt deportiert, wo der Vater einige Monate später starb und die Mutter wurde im Frühjahr 1942 nach Auschwitz-Birkenau weiterverschleppt, in die Gaskammern.

Im Mai oder Juni 1945 suchte ich beim Kammergericht um die Möglichkeit nach, wieder in den Justizdienst einzutreten. Postwendend kam die Antwort des Präsidenten, daß ich willkommen sei. Eine Woche später erhielt ich doch die Absage, da die russische Besatzungsbehörde mir die Einreise verweigerte. Seit 1948 reise ich ständig wieder nach Deutschland, besonders nach Berlin. Hier hatte ich eine einzige nahe Verwandte. Meine Kusine, die vor zwei Jahren im Alter von 92 Jahren verstarb, hatte die Nazi-Zeit underground überlebt. Für mich galt wohl auch, für meine ständigen Reisen in die alte Heimat, was der schwäbisch Dichter der Romantik Ludwig Uhland in seinem Gudrun-Gedicht zum Ausdruck gebracht hat: "...doch härter ist die Pein von Freund und Heimaterde allzeit geschieden sein." Ich suchte also Kontakt mit alten Freunden und fand ihn auch.

1951 wurde in der Bundesrepublik das Gesetz zur Rehabilitierung ehemaliger Beamter erlassen. Der damalige Staatssekretär im Bundesjustizministerium Dr. Strauss führte in meinem Namen einen Prozess beim Bundesverwaltungsgericht mit dem Ziel, das Gesetz auch für die unbesoldeten Gerichtsreferendare zur Anwendung zu bringen. Ich gewann den Prozess und wurde somit der erste Referendar, der die Aufforderung erhielt, aus der Emigration zurückzukommen, andernfalls hatte ich in die Pension zu gehen. Ich entschied mich, in Schweden zu bleiben und wurde als Regierungsrat in den Ruhestand versetzt. Denn außer meiner Frau hatte ich vier Kinder, denen ich einen Sprachenwechsel und eine neue Identität, gleich mir, nicht zumuten wollte. Ich hätte

eine Karriere verpaßt, sagte man mir später. Aber aus eigener Kraft schuf ich mir eine ähnliche Karriere in Schweden. Im Alter von 57 Jahren begann ich das schwedische Jus zu studieren. Ich erhielt vom Jubiläumsfonds der Schwedischen Reichsbank einen Forscherdienst, disputierte zum Dr. iur. mit 62 Jahren, als ältester Disputant der Universität Stockholm, wurde Lehrer an der Sozialhochschule in Göteborg und Syndicus der Gewerkschaft der Seeleute und verblieb so bis zu meinem 70. Geburtstag, wonach ich mich wieder der Forschung widmete. Das ist das Leben eines Emigranten in einer Nußschale, wie man so schön im Schwedischen sagt.

Zum Abschluß meiner Betrachtungen möchte ich noch ein paar positive Worte zur Emigration sagen. Die Worte vom bitteren Kelch der Emigration, von der Heinrich Heine sang und die Ludwig Uhland in den Mund der Königstochter Gudrun legt, dürften doch nicht allgemeingültig sein, jedenfalls nicht für die, die selber aus ihrem Leben etwas machen wollen und können. Die Emigration braucht nicht immer als etwas Negatives aufgefaßt zu werden. Fremde Kulturen sind bereichernd, wenn man versteht, sich ihrer zu bedienen. Ich glaube, mir ist es gelungen - auch wenn ich mit meiner und in meiner Sprache Deutscher geblieben bin und mir die deutsche Kultur schon deshalb nicht verloren gegangen ist - für mich eine Symbiose im Leben zu finden, nicht ohne Hilfe meiner schwedischen Familie. Und Schweden liegt ja so nachbarlich nahe bei Deutschland, worauf ich schon hingewiesen habe, und heute in Europa.

Ich hoffe, Sie nicht allzu sehr mit meinen persönlichen Erlebnissen und Gedanken in Anspruch genommen zu haben und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Foto: Georg Armbrüster





Foto: Jürgen Henschel

### Gerhard Schoenberner spricht am 1. Mai zur Ausstellungseröffnung

Mit Arbeit und Ausdauer gegen das Vergessen  
Gerhard Schoenberner zum 65.

Unter den Aktivisten, die am 5. Mai 1985 auf dem Gelände der früheren Gestapo-Zentrale, Prinz-Albrecht-Straße 8, begannen, die Keller des Hausgefängnisses freizulegen, war auch Gerhard Schoenberner. Der Buchautor und Publizist hatte diese Aktion mit angeregt, um nach Spuren der mit Abrißschutt überlagerten Nazi-Vergangenheit zu graben. An diesem historischen Ort befand sich die Schaltzentrale des NS-Terrors, das Gehirn der Verbrechen. Es sollte kein Gras mehr über die Geschichte wachsen, sondern eine Gedenkstätte entstehen, die an die Opfer und die Täter erinnert. Bereits 1983 hatte sich das „Aktive Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ gegründet, deren erster Vorsitzender Gerhard Schoenberner war. Sein Credo war, nicht zu warten, bis beim Senat die

richtige Einsicht vorhanden sein würde, sondern mit der Arbeit zu beginnen und Ausdauer zu haben. In dem Verein engagierten sich Organisationen, Gruppen, Verbände, Überlebende und Angehörige des Widerstands und des Holocaust sowie weitere Interessierte. Sie wollten das Gelände der Zentrale des Naziterrors, als Ort der Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus, seinen Ursachen und seinen Folgen erhalten und wandten sich gegen eine andere Nutzung. Nach einem langen kontroversen Diskussionsprozeß beschloß das Berliner Abgeordnetenhaus 1992 die Errichtung eines internationalen Dokumentations- und Begegnungszentrums auf dem früheren Gestapo-Gelände. Die Realisierung steht noch aus.

Bereits als Kind lernte Gerhard Schoenberner die Begriffe Hafi, Exil und Tod kennen. Die Erfahrungen der eigenen Familie als auch die seiner Frau beförderten seine Auseinandersetzung mit den im deutschen Wirtschaftswunderland mehr verschwiegenen und verdrängten NS-Verbrechen. Dies führte den Sohn eines protestantischen Pfarrers in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Er engagierte sich auch später links ohne eine parteipolitische Anbindung. In den fünfziger Jahren begann er im In- und Ausland Dokumente des Terrors und des Schreckens aus der NS-Zeit zusammenzutragen. 1960 veröffentlichte er in dem Buch „Der gelbe Stern“ Zeugenaussagen, Anweisungen, Protokolle, Fotos über den Völkermord an den europäischen Juden. Es wurde eine eindrucksvolle Dokumentation des Unvorstellbaren, die inzwischen zahlreiche Neuauflagen und Übersetzungen erlebte. Moralische Verdammung genügte dem Autor nicht. Erinnerung und Aufklärung gehörten für ihn zusammen. Er wollte, daß die historischen Fakten zur Kenntnis genommen, die gesellschaftlichen Ursachen der Hitlerbarbarei begriffen werden und sie in das Gedächtnis der Völker eingehen. Zahlreiche Bücher, Ausstellungen und Filme zu Verfolgung, Exil und Widerstand sind unter seiner Mitwirkung entstanden. Vorträge und Seminare führten ihn in viele Länder der Welt.

Ob als Direktor des Deutschen Kulturzentrums in Tel Aviv (1973-1978), als Co-Vorsitzender der „Freunde der deutschen Kinemathek“ (seit 1979), als Mitglied des Komitees des internationalen Forums der Berlinale (1971-1987), als Berater der Jury im internationalen Wettbewerb für das Gestapo-Gelände, als Mitglied der Fachkommission des Berliner Senats oder als Vizepräsident des westdeutschen PEN-Zentrums (Writer in Prison-Beauftragter) immer stritt und streitet er mit Freundlichkeit, Witz und Liebe zum Detail. Dabei ficht er nicht für eine Konsensbildung durch Verwischung unterschiedlicher politischer Positionen, sondern er betrachtet provozierende Denkanstöße durch die Gegenüberstellung

von Widersprüchen und Gegensätzen als Voraussetzung zur Entwicklung einer politischen Kultur und eines demokratischen Bürgergeistes.

Seit 1965 setzte er sich mit Joseph Wulf und anderen dafür ein, im Haus der Wannsee-Konferenz an die Vernichtung der europäischen Juden zu erinnern. Aus dem historischen Ort wurde im Januar 1992 ein Lernort der Geschichte für Schüler, Lehrer, Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung und andere Besucher. Als Leiter hat Gerhard Schoenberner mit seinen Ideen den Aufbau dieser Gedenkstätte und die Arbeit wesentlich beeinflußt.

Am 24. Mai wurde er 65 Jahre. Am 1. Juli geht er in den Ruhestand. Seine Freunde und Leser sind auf neue Anstöße und Projekte von ihm gespannt

Hans Coppi

Eindrücke der Gedenkstättenreise des Aktiven Museums vom 11. bis 17. Mai 1996

Bei den nach wie vor großen Defiziten in den deutsch-polnischen Beziehungen sollte die oftmals selbstgerechte und von mangelnder Kenntnis gekennzeichnete Bewertung der jüngsten Nachrichten aus Oswiecim/Auschwitz in der Bundesrepublik eigentlich nicht verwundern. Und dennoch irritiert die unveränderte Dominanz historischer Ressentiments und Klischees, die den Blick für eine objektivere Wahrnehmung verstellen. Zusätzlich verstärkt wird die erzeugte Verwirrung durch die verkürzte Berichterstattung über häufig sehr komplexe Fragestellungen. Aus diesem Grund bietet die diesjährige Gedenkstätten-Reise des Aktiven Museums eine willkommene Gelegenheit, dazu beizutragen, ein etwas differenzierteres Bild zu zeichnen. Die offenen Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau (*Panstwowe Muzeum Oswiecim/PMO*) und die vielfältigen persönlichen Eindrücke sind hierfür Grundlage.

Die von ehemaligen Auschwitz-Häftlingen unmittelbar nach Kriegsende errichtete Gedenkstätte wurde 1947 durch ein Gesetz sanktioniert und unter staatliche Verantwortung gestellt. Gegenwärtig sind in den verschiedenen Abteilungen (*Sammlung, Archiv, Konservierung, wissenschaftliche Abteilung, Verwaltung, Wachpersonal, pädagogische Abteilung, Ausstellungsgestaltung, Verlag*) etwa 200 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Weitere 150 Personen arbeiten freiberuflich im Bereich *Besucherbetreuung*.

Für die seit 1955 in einzelnen Gebäuden (ehemaligen Häftlings-Blöcken) des Stammlagers (*Auschwitz I*) bestehende Gesamtausstellung wird zur Zeit eine Neukonzeption erarbeitet. Eine zentrale Funktion soll hierbei den vor einigen Jahren entdeckten *Bedziner Familienfotos* zukommen, die das Leben jüdischer Familien aus dem Ort Bedzin - von der Geburt bis hin zur Ghettosierung - dokumentieren. Dank umfangreicher Recherchen ist es bei einzelnen Bilderserien gelungen, die Namen und Biographien der später in Auschwitz Ermordeten zu ermitteln. Das Schicksal dieser Familien wird die Grundlage für die angestrebte *Individualisierung* der Gesamtausstellung bilden. Bei der Neugestaltung will man ferner daran festhalten, technische Medien möglichst sparsam einzusetzen, um den authentischen Ort nicht zu überformen. Im übrigen soll auf die nach 1945 vorgenommenen baulichen Veränderungen und Rekonstruktionen (z.B. im *Krematorium I*) deutlicher hingewiesen werden, um nicht unfreiwillig Anknüpfungspunkte für revisionistische Intentionen zu bieten.

An den sogenannten *Nationalen Ausstellungen* sind die gesellschaftspolitischen Veränderungen in Osteuropa bislang fast spurlos vorübergegangen. Einzig die DDR-Ausstellung wurde noch auf Betreiben der DDR-Regierung abgebaut. Für den Inhalt und die Gestaltung der Installationen sind unverändert die jeweiligen Regierungen zuständig und verantwortlich. Änderungsvorschläge müßten dementsprechend von den Einzelstaaten ausgehen und in Abstimmung mit der Gedenkstätte realisiert werden. Die Besucher/innen müssen sich also nach wie vor mit stark ideologisierten Darstellungen aus der Zeit des *Realsozialismus* abfinden, die dem aktuellen Forschungsstand nicht gerecht werden, die auf einseitige Weise nur bestimmte Fragestellungen (z.B. den kommunistischen Widerstand) thematisieren, zum Teil das Selbstverständnis von Staaten repräsentieren, die nicht mehr existieren (UdSSR, Jugoslawien) und zumeist nur mit Erklärungstexten in der Landessprache versehen sind.

In der *Nationalen Ausstellung* Polens wurden etwa zehn Stellwände, die die stalinistischen Verbrechen (*Katyn/die zweite Front des NKWD/die Deportationen*) und den Untergrundkrieg (*Armija Krajowa/Armija Ludowa*) in Polen behandeln, ergänzend hinzugefügt. Mit dieser Zusatzausstellung kommt deutlich und hinsichtlich des Stellenwerts auf ziemlich typische Weise zum Ausdruck, was in der polnischen Öffentlichkeit in der Gegenwart eine ganz zentrale Rolle spielt: die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus.

Dank des öffentlichen Drucks, für den vor einigen Jahren eine internationale Kampagne zur Rettung von *Auschwitz* gesorgt hat, haben sich Bund und Länder mit mehreren Millionen Mark an erforderlichen Erhaltungsarbeiten in *Auschwitz* und *Birkenau* beteiligt. Das finanzielle Engagement hätte aus Sicht der Gedenkstättenleitung eigentlich zu Verhandlungen über die Einrichtung einer *Nationalen Ausstellung* durch die Bundesrepublik führen müssen - dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Deutschen nach den Polen die größte Besuchergruppe in der



Gedenkstätte stellen. Von bundesdeutscher Seite gibt es in dieser Frage bislang jedoch keine offiziellen Bemühungen.

Daß es auch im *PMO* Einsparungen bei der Zahl der Mitarbeiter/innen gegeben hat, wird beim Wachpersonal am deutlichsten. Vor einigen Jahren noch begegnete man in praktisch allen zugänglichen Gebäuden des *Stammlagers* Aufsichtspersonal. Diese gute personelle Besetzung konnte nach dem politischen Umbruch und der akut gewordenen ökonomischen Krise nicht gehalten werden. Dabei ist man sich der *Verletzlichkeit* und potentiellen Gefährdung der Objekte und Gebäude durchaus bewußt - nicht nur im *Stammlager*, sondern vor allem auch in *Birkenau*.

Neben der Sorge vor Vandalismus oder politisch motivierter Zerstörung wird die Ausstellungsabteilung in jüngster Zeit mit einem völlig unerwarteten Problem ganz anderer Art konfrontiert. Ehemalige Häftlinge oder die Angehörigen von in *Auschwitz* Ermordeten beanspruchen das Eigentumsrecht an einzelnen Ausstellungsgegenständen für sich und erbitten die Rückgabe. Um keinen Präzedenzfall zu schaffen, bemüht sich die Gedenkstätten-Leitung bei Anfragen dieser Art, davon zu überzeugen, daß es sich bei den Exponaten um *Allgemeingut* handelt, das einer breiten Öffentlichkeit aus inhaltlichen, moralischen und politischen Gründen zugänglich bleiben muß. Inwieweit man sich mit dieser, um Verständnis werbenden Position durchsetzen können wird, ist offen.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen in Polen entwickelt die *Pädagogische Abteilung* des *PMO* neue didaktische Ansätze. (Als wichtige Zielgruppe hat man zunächst polnische Lehrer/innen im Blick, denen in Fortbildungsseminaren Orientierungshilfen für einen sinnvollen Umgang mit der Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers vermittelt werden sollen.) Die Motivation für einen Gedenkstättenbesuch basiert nicht selten auf einem eher touristischen Interesse. Dieser zunächst problematische Zugang wird dennoch als Chance begriffen: Durch geeignete inhaltliche Angebote und Anstöße soll die Einzelne/der Einzelne zu einer weitergehenden Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus angeregt werden.

Die Möglichkeiten des Gedenkstätten-Archivs, spezialisierte Gruppen während eines längerfristigen Aufenthalts zu Studienzwecken aufzunehmen, stoßen mittlerweile an Grenzen. Die große Zahl an Studiengruppen/Bildungsseminaren überlastet in diesem Bereich mehr und mehr die Gedenkstätten-Infrastruktur. Durch das (in Zusammenhang mit dem Neubau des Karmelitinnen-Klosters) unweit des *Stammlagers* errichtete katholische *Centrum Dialogu* ist neben der *Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz* mittlerweile ein weiteres Haus entstanden, das über relativ große Unterbringungskapazitäten verfügt. Die Belastungen der Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des *PMO* werden also kaum abnehmen. Der Trend, eine *genuine* Auseinandersetzung mit den Folgen der nationalsozialistischen Diktatur ausschließlich in *Auschwitz* zu suchen/für möglich zu halten, ist nach wie vor ungebrochen.

Mit dem nach 1989 abrupt einsetzenden, auf polnischer Seite als geradezu massiv empfundenen Gedenkstätten-Besuch israelischer und jüdischer Gruppen aus den USA, brachen vielfältige Konflikte auf. Die Erwartungshaltungen, Vorurteile und letztlich Enttäuschungen waren auf beiden Seiten groß. Statt der von polnischer Seite angenommenen Anerkennung der über Jahrzehnte geleisteten Arbeit herrschte auf jüdischer Seite Entsetzen über den baulichen Zustand vor allem *Birkenaus*, wollte und konnte man nicht verstehen, daß vier Jahrzehnte ideologischer Einflußnahme in Polen in so kurzer Zeit nicht aufgearbeitet sein konnten und viele Polen die staatlich propagierte Haltung, *Auschwitz* sei vor allem die Stätte des *polnischen Martyriums*, stark verinnerlicht hatten. Und während man sich polnischerseits auf den Status von *unzeitgemäßen Statisten* reduziert sah, bestand auf israelischer Seite ja nun endlich die Möglichkeit, die authentischen Orte der Vernichtung (und zunächst eben ausschließlich diese!) aufzusuchen. Für andere Eindrücke waren die israelischen Gedenkstätten-Besucher/innen in dieser Situation verschlossen.

Dies sind nur einige Aspekte einer ganzen Fülle an vorhandenen Empfindlichkeiten, Mißverständnissen und Belastungen. Erst allmählich kommt ein polnisch-jüdischer Dialog in Gang, entwickelt sich gegenseitiges Verständnis. Natürlich sind die Anfänge zögerlich, ist der Antisemitismus in Polen noch immer weit verbreitet. Dennoch gibt es (besonders auf regionaler Ebene) beachtliche Fortschritte - Fortschritte, die erst allmählich von der Öffentlichkeit

wahrgenommen werden. Mit der Gruppe des *Aktiven Museums* zusammen besuchte beispielsweise in Krakow eine Gruppe polnischer Erwachsener den alten jüdischen Friedhof. Das ist ein absolutes Novum! In Oswiecim bemüht sich ein lokalhistorisch interessierter Kreis um die Markierung und Bewahrung jüdischer Spuren im Stadtbild. Bereits seit einigen Jahren - längst vor *Schindlers Liste* - organisiert ein privater Kreis in Kazimierz (Krakow) *Jiddische Kulturtag*. Die skizzierten Spannungen im polnisch-jüdischen Verhältnis erklären zum Teil auch die aktuellen Konflikte in und um das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager *Auschwitz-Birkenau*. In diesem Zusammenhang darf eine andere Tendenz nicht unerwähnt bleiben: Ein ganz erheblicher Anteil an der komplizierten Situation ist meines Erachtens der katholischen Kirche zuzuschreiben, die in den vergangenen Jahren an gesellschaftspolitischem Einfluß verloren hat und nun *Auschwitz* als Identifikationsmedium zu nützen versucht. Die katholische Kirche tritt sehr massiv als Verteidigerin des weiterhin zum ausschließlich nationalen Symbol stilisierten Ortes auf. Erinnert sei etwa an die langwierige Diskussion um das Karmelitinnen-Kloster, an die Gründung eines Gemeindezentrums im sogenannten *Kommandanturgebäude* in *Birkenau* oder das riesige Holzkreuz am Rande des *Stammlagers*.

Im Gegensatz zu dieser provokativen Strategie ist der *Skandal* um den *Supermarkt*-Neubau in der Nähe der Gedenkstätte - diesem Eindruck kann man sich im nachhinein nicht erwehren - vor allen Dingen *gemacht*. Die Bemühungen, die die Gedenkstätten-Leitung zur Entschärfung und Richtigstellung unternahm, blieben weitgehend ohne Echo. Die im Verlauf des Streits geäußerten *Kriterien* erscheinen bei genauerer Betrachtung mehr als willkürlich: Oder warum moniert niemand die Wechselstube, die Poststelle, die öffentliche Toilette, das Hotel und das Restaurant im sogenannten *Aufnahmegebäude* oder die Kioskstände davor? Warum interessiert sich niemand für die heutige kleingewerbliche Nutzung früherer SS-Gebäude oder stößt sich daran, daß *Auschwitz*-Überlebende in der ehemaligen *Kommandantur* des *Stammlagers* bis in die Gegenwart wohnen? In moralische Grenzbereiche ganz anderer Dimensionen kommt man in *Birkenau*: Die an die Lagerumzäunung angrenzenden Felder, die Asche unzähliger Ermordeter in sich tragen, werden seit Jahrzehnten landwirtschaftlich genutzt! Ganz offensichtlich hielt keiner der Journalisten eine weitergehende Recherche für erforderlich. *Auschwitz* eignet sich momentan wohl vor allem als Quelle für skandalträchtige Schlagzeilen.

Zu welchem kontraproduktivem Ergebnis die reflexartigen Stellungnahmen und Vorhaltungen aus aller Welt am Ende führen können, zeigt die Kontroverse um den *Supermarkt*-Neubau nur allzu deutlich. Durch die damit beabsichtigte Auslagerung der o.g. gastronomischen und kleingewerblichen Einrichtungen sollten die entsprechenden Räumlichkeiten im *Aufnahmegebäude* als Ausstellungsfläche für die Gedenkstätte gewonnen werden. Diese pietätvollere Lösung kann nun (vorerst?) nicht realisiert werden.

Wie unterschiedlich das öffentliche Bewußtsein für bzw. Interesse (!) an derartigen Fragestellungen in der Bundesrepublik ist, wurde durch die jüngst vom *Aktiven Museum* und der *Stiftung Topographie des Terrors* veranstaltete Podiumsdiskussion "*Spuren erhalten - Zeichen setzen. Zum Umgang mit dem Gelände des Konzentrationslagers Sachsenhausen*" nur allzu deutlich. Dabei übertrifft die Vielschichtigkeit der Probleme der Gedenkstätte Sachsenhausen die hinter den *skandalösen* Meldungen aus Oswiecim stehenden grundsätzlichen Fragen beinahe noch. Augenscheinlich wird jedoch mit zweierlei Maß gemessen und der *mediale Unterhaltungswert* an *Auschwitz* ist wohl einfach größer. Rasch entwickelt sich dort zum Politikum, was hier im Kontext der nicht minder sensiblen bundesdeutschen Gedenkstättenproblematik nur sehr unwillig zur Kenntnis genommen wird.

Den politisch Verantwortlichen der Stadt Oswiecim und den zuständigen Mitarbeitern des *PMO* unterstellen die unterschiedlichen Interessengruppen nur allzu gern einen Mangel an Professionalität und Sensibilität im Umgang mit dem historischen Ort. Gleichzeitig weigern sich eben diese *Wahrheitsmonopolisten*, zur Kenntnis zu nehmen, daß seit dem Systemumbruch in Polen in hohem Maße neue Anforderungen und Belastungen für die Gedenkstätte entstanden sind. Dies führte und führt zu immer neuen Mißverständnissen und Widersprüchlichkeiten und bei den Verantwortlichen zu einer zunehmenden Verunsicherung. Um sich diesem Druck zu entziehen, wurde ein Teil der Entscheidungsverantwortung in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung an den *Internationalen Museumsrat* des *PMO* deligiert - ein Gremium, das die in es gesetzten Erwartungen allerdings nur begrenzt erfüllen konnte. In vielen Fragen drängt die Zeit, und die Langwierigkeit der Diskussionsprozesse stößt auf Unverständnis. Bis sich das Gremium beispielsweise über den Tafeltext für das Mahnmal in *Birkenau* verständigt hatte, vergingen einige Jahre. Etwas leichter fiel dem *Museumsrat* die

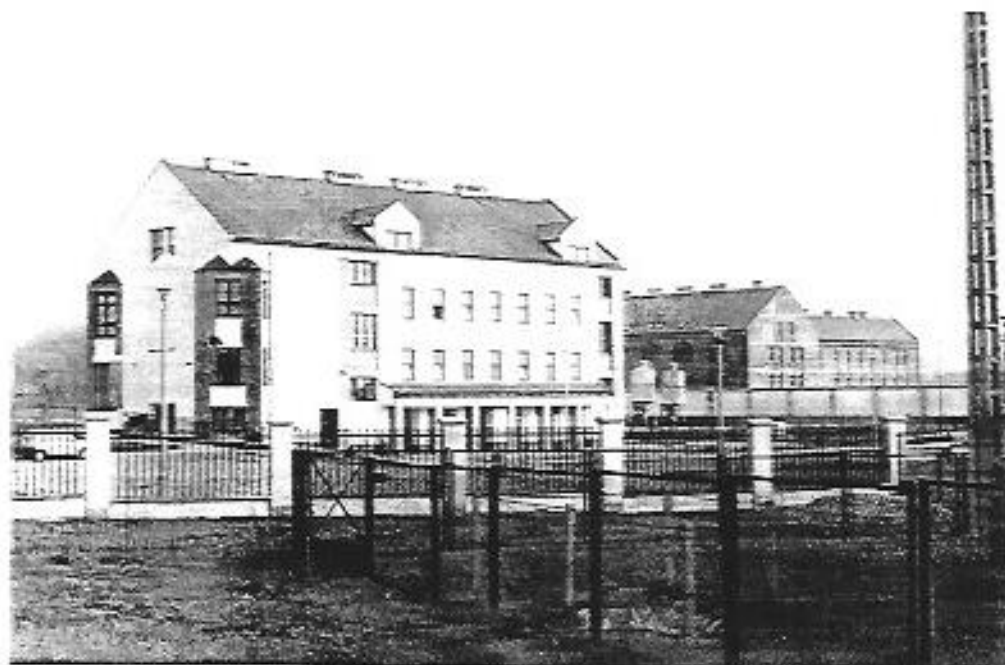


Übereinkunft hinsichtlich der Aufstellung von Informationstafeln (siehe Fotos) in *Birkenau*, die es den vielen individuellen Besuchern ermöglichen sollen, sich das Gelände selbständig zu erschließen.

Als Fazit der geschilderten Eindrücke möchte ich am Ende dieses Artikels im Blick auf die *Libeskind-Diskussion* folgendes anmerken: Bei meinen bisherigen Gedenkstätten-Fahrten haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stets explizit hervorgehoben, wie wichtig das visuelle Moment für die mentale Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen - selbst bei Erwachsenen, die hervorragend mit der Thematik vertraut sind - ist, welche zentrale Bedeutung also der historische/*authentische* Ort einnimmt. Die in unterschiedlichem Maße vorhandenen (und wahrgenommenen) *Domestizierungen* hatten auf dieses Individualerleben keinen nennenswerten Einfluß. Für mich persönlich ist deshalb die Faszination, die der Libeskind-Entwurf vielfach auslöst, ziemlich erstaunlich und eigentlich nicht verständlich.

Um aktuelle Realitäten in Polen, wie ich sie in meinem Bericht beschrieben habe, besser kennen- und verstehen zu lernen, wird das Aktive Museum auch in Zukunft Gedenkstättenfahrten mit ähnlichen Schwerpunkten anbieten. Nicht zuletzt angesichts der deutlichen Parallelen, die die Entwicklung der *Gedenkstättenlandschaft* in Polen und der Bundesrepublik kennzeichnen, ist ein bilateraler Austausch sinnvoll und wichtig. Immer wieder schön dabei ist, zu erleben, mit welcher Offenheit und Begeisterung das Gespräch von polnischer Seite aus gesucht und geführt wird.

Georg Armbrüster

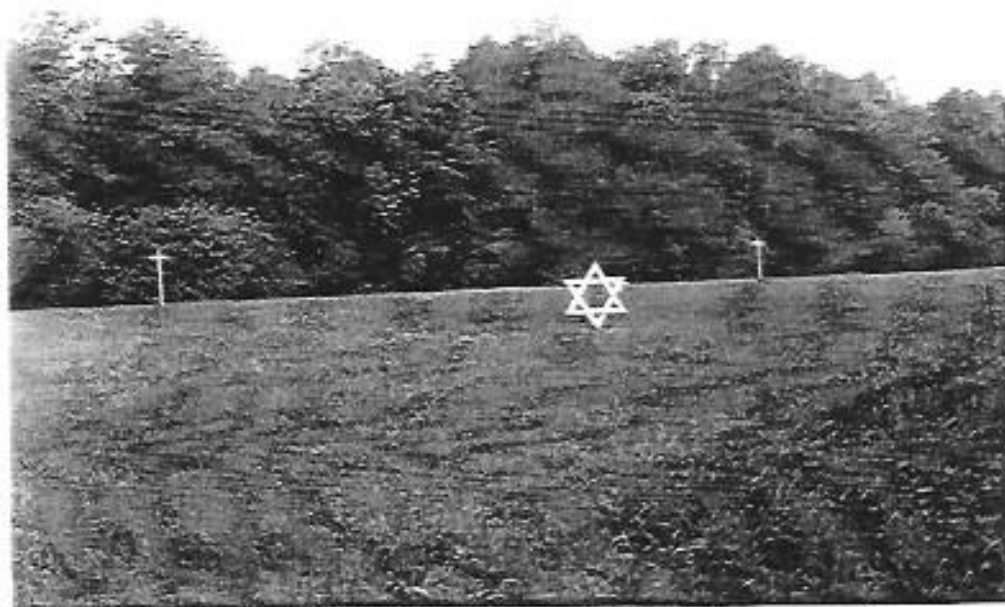
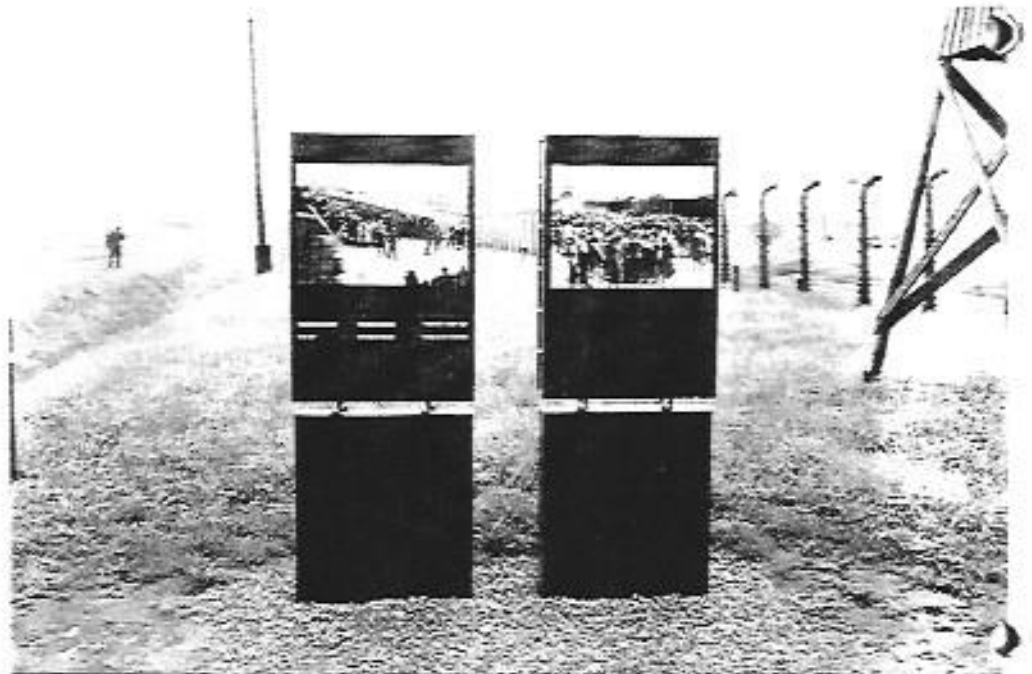


Das katholische *Centrum Dialogu*. Im Hintergrund das neue Karmelitinnen-Kloster, in dem zur Zeit sechs Nonnen untergebracht sind.



*Stein(e) des Anstoßes  
- der Supermarkt im  
Rohbau.*

Beispiele für die in  
*Birkenau* errichteten  
Informationstafeln  
(hier an der *Rampe*).



Die auf  
Massengräbern in  
*Birkenau* zunächst  
errichteten David-  
Sterne wurden wenig  
später durch  
Holzkreuze *ergänzt*.

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde!

Auf der letzten Mitgliederversammlung hat Georg Armbrüster von der Gedenkstättenreise im Frühjahr nach Auschwitz berichtet. Er erzählte, daß die Gedenkstätte zwar nach wie vor an ihrem Konzept nationaler Ausstellungen festhalte, es aber, seit die Ausstellung der DDR geschlossen wurde, keine deutsche Ausstellung mehr gebe und die Gedenkstätte nicht von sich aus, ohne eine deutsche Initiative, aktiv werden würde. An dieser eher beiläufig gemachten Bemerkung entzündete sich sofort eine Diskussion, die um folgende Fragen kreiste.

- Ist das Konzept nationaler Ausstellungen überhaupt sinnvoll?
- Ist nicht ganz Auschwitz eine "deutsche" Ausstellung?
- Sollte es eine eigene deutsche Ausstellung geben?
- Was könnte die thematisieren? Täter? Opfer? Widerstand?...?
- Oder sollte eine deutsche Ausstellung künstlerisch statt dokumentarisch arbeiten?
- Was kann der Sinn einer solchen Ausstellung sein?
- Ist keine Ausstellung nicht eine viel bessere, ehrlichere, klarere Aussage als es jede Ausstellung sein kann?
- Sollte das Aktive Museum etwas unternehmen?
- Wenn ja was, und mit wem könnten wir da kooperieren?

Die Diskussion hat uns gezeigt, daß hier Redebedarf besteht. Wir glauben, daß wir in dieser Frage eine Haltung finden müssen. Selbst keine Ausstellung zu haben, kann ja eine Haltung sein. Was sicherlich keine Haltung darstellt, ist, wenn es - lediglich aus historischen Zufälligkeiten heraus - keine Ausstellung gibt.

Wir möchten den Zeitaufwand für alle begrenzen und versuchen, bei drei oder vier Begegnungen ein Papier für die Mitgliederversammlung zu erarbeiten. Außerdem hoffen wir, uns und viele der neuen Mitglieder über die inhaltliche Diskussion näher kennenzulernen.

Falls Ihr Interesse habt, seid Ihr herzlich eingeladen.

Meldet Euch doch bitte bei

Wolf Leo      Tel: 030/441 09 60 oder

Klaus Abels    Tel: 030/441 05 20

# Darf man SS-Architektur schützen?

Orientalienburg lehnt den „Ensembleschutz“ für das ehemalige SS-Kasernengelände neben dem KZ Sachsenhausen ab. Architekt Daniel Libeskind möchte das Gelände am liebsten unter Wasser setzen ■ Von Anita Kugler

erhaltenwert ist SS-Architektur. Darf man SS-Kasernen, Hauptquartieren, SS-Villen, -Bau und ein SS-Krankenhaus 1936 eigens errichtet für ein Konzentrationslager erhalten und zu leiten lassen, in Verfall schütten? Gar nicht, meinen, urbanisieren? Soll man diesen Verfallproblemen, alles abreißen, Gebäude gar mit neuen Gebäuden oder einen neuen urban machen?

Historiker mit Denkmalpflege-Erfahrung und seit 1993 Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Er möchte die Funktion und Bedeutung des gesamten SS-Geländes innerhalb der Ordnung des Terrors kennlich machen: die Gebäude erhalten durch private oder kleingewerbliche Nutzung, die die Würde der Konzentrationslager nicht stiftet. Mit seinem Konzept kann er dabei auf die Umsetzung des Landeskonzepts von Brandenburg rechnen, der Anfang Mai den „Ensembleschutz“ verlangt hatte und damit bei der Stadt abgelehnt war. Jetzt soll das bran-

völlig ignorierte architektonische Konzept kenne, das errichtete Gelände müssen die Gebäude bewahren. Die Bedeutung des eigentlichen Häftlingslagers innerhalb des NS-Herrschaftsystems sei nur zu erkennen, wenn auch die Orte der Täter erhalten blieben. Nicht grundsätzlich, aber in diesem Fall. Denn Sachsenhausen, so Morsch, war das „erste moderne KZ“, geplant als „idealtypisches“, in dem Sklaven und Herren schon bei der Bauplanung ihren Platz in der NS-Gesellschaft zugewiesen bekommen.

Um den Rang Sachsenhausen

erkennen, daß die gesamte Anlage die Form eines Dreiecks trug. Und unsere Forschungen zeigen, so Morsch, daß auch der Teil, den die SS nutzte, streng hierarchisiert war ganz unten standen die Holzhäuser für einfache Kommandanten und oben die komfortablen Villen mit Filzeerbalken für die Leitung.

„Der Ort Sachsenhausen, die ideologische Bedeutung ihrer Gesamtarchitektur für das System des totalen Terrors ist bis jetzt völlig verkannt worden“, meint der Gedenkstättenleiter. „Das Ensemble ist ein offenes Buch von Macht und

er den „natürlichen Verfall“ durch Nichtsein beschleunigen: sie zu nutzen, sei gefährlich „obsolet“.

Die Mitleidlose, als Symbol der SS-Hierarchie, in der die Häftlinge unten und die Herren oben waren, soll durch eine neue, ganz zu lesende Achse ersetzt werden. Sie weist in die Richtung des „Todesmarschs“, auf den Weg, den die Häftlinge bei der Auflösung des Lagers durch die SS im April 1945 haben nehmen müssen. Neben dieser neuen Mitleidlose sieht Libeskind Entwurf parallel dazu den Bau neuer Häuser vor. Sie sollen „Orte der Hoffnung“ werden. In

„Ensembleschutz“ für das gesamte Gelände zwar ablehnen, aber nur, so Morsch, damit die 22 Holzhäuser der früheren SS-Kommandanten genauso bleiben, wie sie jetzt sind: modernisiert, verbleibend, beibehalten, ungekennzeichnet.

Bernd Jansenwitsch (SPD) nach der Ablehnung der Denkmalbereichssatzung: „Wir möchten für die Bürger Orientalienburg entscheiden und vor allem die Interessen jener wahren, die in früheren SS-Häusern wohnen.“ Hildegard Linse (PDS) völlig entsetzt: „Vielleicht werden auch Gedächtnis angebracht, um in die SS-Le-



Foto links: Luftbildaufnahme des KZs von 1936. In der Spitze des Dreiecks die Häftlingsbaracken, darunter die Häuser der SS. Foto rechts: Libeskinds Entwurf. Links sieht man noch die untere Hälfte des Barackengeländes. Die neuen Gebäude bilden die weiße Linie, die von oben rechts kommt und die in Richtung des „Todesmarschs“ weist.

Foto: Landesvermessungsamt Berlin/Abb. aus „Daniel Libeskind - Radio Matrix“

stadt mit S-Bahn-Anschluß Berlin. Wieder aufgenommener Streit, nachdem zunächst von Orientalienburg zehn Tagen eine Denkmalbereichssatzung einstimmig abgelehnt, die das Gelände, auf dem die SS-Häuser befinden, „Ensembleschutz“ gestellt hätte (Hakenkreuze und Nazi), die am Donnerstag ins Buch der Mahn- und Gedenkstätten Sachsenhausen gedrückt wurden, in der aktuellen Landesgesetzgebung zusammengefasst ist unklar. Gut besetzt die letzten Wochen jedoch die öffentliche Diskussion über mehr als 44 Hektar großen ligen SS-Ensembles.

Stüne zum Sprechen bringen Satz von der einseitigen, Kontrastreue bei dieser sich gleichermäßen oft im führen, um ihr alternatives zu verdeutlichen. Auf der Seite steht Günter Morsch,

Brandenburgische Kulturministerin darüber entscheiden.

Monica Kretschmer ist Daniel Libeskind, der berühmte amerikanische Architekturbauherr der Dekonstruktivismus und Erbauer des Jüdischen Museums in Berlin. Dieser will genau das Gegenteil: Abreißen, einen Park und eine neue „zeremonielle“ Überbauung. Hinter sich hat Libeskind die Stadtverordnetenversammlung von Orientalienburg. Sie ermittelte ihm im vergangenen Oktober einen Planungsauftrag für das sogenannte SS-Kasernengelände neben dem denkmalgeschützten KZ. Denn nach langer heftiger Diskussion war sie sich darüber einig geworden, daß man dieses schwere kontaminierte Gelände nicht mit einer neuen Wohnsiedlung urbanisieren dürfe.

Von „Urbanisierung“ will Günter Morsch natürlich nichts wissen. Aber er will, und dafür wirkt er heftig, seit er das in der DDR-Zeit

zu verstaatlichen, habe der SS-Architekt Kaiper 1935/36 ein Häftlingslager in Form eines gleichschenkeligen Dreiecks errichtet, dessen Basen er nach einer Geometrie des totalen Terrors anordnete. Vom Turm A aus sollte man mit einem einzigen Maschinenengewehr das gesamte Häftlingslager in Schächel halten. Diese Geometrie senne sich in der architektonischen Verknüpfung des eigentlichen KZs mit dem SS-Truppenlager, der Kommandatur, den Villen und Seelingshäusern fort.

Vom Sitz der Lagerführung in der Mitte (Turm A) führte bis zum Ende des Häftlingslagers auf der einen Seite und bis zu den SS-Häusern auf der anderen Seite eine zentrale Mitleidlose. Links und rechts von ihr waren „spiegelbildlich“ alle Gebäude, alle Plätze angeordnet. Hier Häftlingsbaracken, dort Mannschaftskasernen, hier Appellplatz, dort Sportfeld und so weiter. Luftbilder von 1936 lassen

Herrschaft.“ Nirgendwo könne man dies so gut lesen wie in Orientalienburg.

„Richtig“, meint hingegen Daniel Libeskind. Deswegen habe sein Büro für das sogenannte SS-Kasernengelände ja auch ein Konzept entwickelt, das zur Auseinandersetzung mit dem Terror anfordere, aber auch einen Weg ins Lebendige zeige. Sein ursprünglicher Entwurf von 1995 sah vor, alle Gebäude des SS-Truppenlagers – auch die Kasernen, die das Land Brandenburg seit zwei Jahren zur Unterbringung der Polizei nutzen – bis auf die Grundmauern abzureißen und in einem neu zu schaffenem See zu versenken. Weil der Stadt, der dieser radikale Entwurf zu teuer war, Abrüche verlangte, verteidigte er jetzt seinen Kompromiß von 1995: Statt des Sees jetzt einen Wald auf der einen Seite und auf der anderen Seite einen „belebten Park“. Bei den SS-Villen und SS-Freizeitarrangements will

ihnen können Bildungseinrichtungen und Ausbildungszentren für Jugendliche entstehen. „Das Dreieck symbolisiert den Tod“, so Libeskind. „Die Häftlinge mußten es auf ihren Jacken tragen, die SS-Gesamtanlage in Form eines Dreiecks setzt den Tod fort.“ Die Gebäude zu erhalten, ist eine „Domestizierung des Terrors“, so gar restauriert zu tun, eine „Banalisierung“, eine „Verharmlosung“, fordert er, sondern neue Häuser. „Sie sollen so grünen werden, daß sie den Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen.“

Daß diese Debatte keine akademische ist, sondern wie Morsch meint, der Versuch der Stadtverordnetenversammlung, „sich auf der einen Seite mit dem berühmten Libeskind zu schmücken, aber auf der anderen Seite den kalten Abriß zu planen“, zeige die jüngsten Ereignisse. Denn die Paradoxie ist, daß die Stadtoberen den

erinnern, weil sie darin wohnen.“ Und Jürgen Rathenau (Bündnis 90/Die Grünen) wird in einem Zeitungsbericht zitiert: „Wenn diese Häuser zu Denkmälern erklärt werden, könnten sie zu Wallfahrtsorten für Neonazis werden.“

Günter Morsch findet das alles fürchterlich demagogisch, weil Ensemble und Denkmalschutz für die Nutzer völlig verschiedene Konsequenzen haben. Er befürchtet, daß die Stadtverordnetenversammlung den Libeskind-Entwurf nur deshalb so engagiert verweigert, weil sie genau weiß, daß er nicht finanzierbar ist. Und derweil lassen nun den Rest verfallen, vielleicht um irgendwann Tschachen zu schaffen für ein Gewerbegebiet. Was die Mehrheit der Bürger von Orientalienburg ebenfalls am liebsten will, Morsch warnt: „Was weg ist, ist weg“, und so wie es jetzt durch Nichtsein geschieht, „sei es das Gegenteil von einem bewußten Umgang mit der Geschichte“.



Christine Fischer-Defoy

## SPUREN BEWAHREN - ZEICHEN SETZEN

### Zur Diskussion über den Umgang mit den Funktions- und Wohngebäuden des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen

Die Diskussionsveranstaltung des Aktiven Museums und der Stiftung Topographie des Terrors am 30.5.1996 hat die Problematik verdeutlicht, um die es hier geht, ohne Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Wie könnte sie auch, angesichts einer so grundlegenden Frage, die weit über die Grenzen der Oranienburger Lokalpolitik hinausweist. Der Vertreter der Stadt Oranienburg, Herr Kielczynski, hat daher zurecht auf die Überforderung der dortigen Kommunalpolitiker hingewiesen und einen Diskussions- und Beratungsprozeß in größerem Rahmen gefordert. Dazu war diese Diskussion nur ein Schritt.

Der Mitglieder-Rundbrief des Aktiven Museums bietet sich als ein Forum für die Fortsetzung dieser Diskussion an, die ich hier mit einem eigenen Beitrag eröffnen will. Meinungsunterschiede gibt es dabei auch - wie sollte es anders sein - in unseren eigenen Reihen, unter Mitgliedern und Mitgliedsorganisationen des Vereins. So ist meine im folgenden zusammengefaßte Position auch eher ein sehr persönlicher Anstoß zum Weiterdiskutieren und keine Meinung des Vorstandes. Ich will sie trotzdem äußern.

Mich erinnert der Konflikt um die Frage, ob die zur Rede stehenden Funktions-, Wohn- und Nebengebäude des ehemaligen KZ Sachsenhausen denkmalgeschützt erhalten, künstlerisch überformt oder abgerissen werden sollen, an die Auseinandersetzungen, die in Berlin in den vergangenen Jahren über Erhalt oder Zerstörung der Fahrerbunker geführt wurden, die in der Öffentlichkeit fälschlicherweise immer als "Führerbunker" bezeichnet wurden. Auch hier ging es um die Frage, was diese Zeugnisse der Vergangenheit über die Zeit des Nationalsozialismus erzählen, und was deshalb ihren Wert als Denkmal ausmachen könnte, in Abwägung der Tatsache, wem sie andererseits möglicherweise als falschverstandene Pilgerstätte dienen könnten. Was erzählte in diesem Fall die Form: der Luftschutzbunker der Chauffeure - über den Inhalt, sprich: Macht und Herrschafts-Mechanismen des Nationalsozialismus?

Die seinerzeit im Auftrag des Kultursenators Roloff-Momin erfolgte gutachterliche Einschätzung durch die Stiftung Topographie des Terrors kam hier zum Schluß, daß über die Tatsache hinaus, daß die Wandmalereien im Fahrerbunker von der "Banalität des Bösen" zeugen, kein Anlaß bestehe, diese Keller zu erhalten und denkmalgeschützt zugänglich zu machen, wie dies die Bodendenkmalpflege und die Fraktion der Bündnis-Grünen gefordert hatte. Sie wurden dokumentiert - und zugeschoben.

Das Argument mit der "Banalität des Bösen", die uns auf Ursachen und Wirkungsmechanismen des NS-Terrors verweise, wurde nun auch in der Diskussion um Sachsenhausen wieder geäußert. Die putzigen Wohnhäuschen im nationalsozialistischen Landhausstil, die schmucke Dienstvilla des Kommandanten mit repräsentativer Veranda und winzigem "Führerbalkon", das pathetisch aufgeputzte Waschhaus, die Kasernengebäude, das "Grünes Ungeheuer" genannte Casino - was erzählen sie über diese "Banalität des Bösen" hinaus? Wie könnte man schon allein diesen Zusammenhang für unbefangene Besucher verständlich machen? Ganz zu schweigen davon, dieses "einmalige Ensemble nationalsozialistischer Architektur", wie Günther Morsch von der Gedenkstätte es mit schwärmerischen Augen nennt, nicht nur im Luftbild, sondern auch als "normaler" Bürger, der seinen Steuerbescheid im Finanzamt abgeben will, zu erkennen und bewußt, das heißt: mit Abscheu zu durchqueren?

In meinen Augen ist die Nutzung der vorhandenen Gebäude durch Oranienburger Behörden ( wie wäre es neben dem Finanzamt und der Polizei, die bereits dort in denkmalschutzgerecht renovierte Gebäude eingezogen sind, mit der Ausländerbehörde oder dem Seuchenamt?) ebenso abzulehnen wie die privatwirtschaftliche Nutzung durch Firmen und Läden. Über kurz oder lang - ich vermute: in drei bis fünf Jahren, wird dieses Gelände, wenn der bereits begonnene Prozeß



der "Domestizierung", wie Daniel Libeskind es nennt, sich fortsetzt, nicht mehr als das zu erkennen sein, was es war: Teil einer nationalsozialistischen Tötungsmaschinerie. Vielfarbige Anstriche und Reklametafeln ebenso wie die Normalität des Behördenalltags werden die Spuren der Vergangenheit überlagern. Die Unterbringung von Wohnungssuchenden in den Kasernen hat unausweichlich die Errichtung einer Infrastruktur zur Folge: Imbißbuden, kleine Läden, Kindergärten, Arztpraxen. Die "Fahrzeugtechnische Versuchsanstalt" der SS wird zum Garagenhof für Autobastler, das "Grüne Ungeheuer" wird als Disco "Green Monster" begehrt. Veranstaltungsort für "Revival-Partys" mit Nazi-Rock.

Können wir das ernsthaft wollen? Ich sehe darin im übertragenen Sinne das, was wir bei unserer ersten Ausstellung des Aktiven Museums mit dem Motto bezeichnet haben *"Es darf kein Gras darüber wachsen!"* Auch die oben beschriebene "Normalität" läßt Gras über das wachsen, was hier geschehen ist, und Hinweistafeln an einigen Häusern werden daran nichts ändern. Welcher Wohnungssuchende wird sich deshalb davon abhalten lassen, dort einzuziehen und seinen Balkon mit Blumenkästen und Sonnenschirm zu verschönen?

Zugegeben - meine Anspielung in der Diskussion darauf, daß es auch ein gesetzliche Verbot für das Zeigen von NS-Symbolen gibt, und daß auch nationalsozialistische Bauwerke, die als Herrschafts-Symbole fungierten, deshalb vielleicht abgerissen werden sollte, war überspitzt. Gemeint war es als eine polemische Antwort auf Günther Morschs Wortglauben hinsichtlich des Denkmalschutzgesetzes, das hier den Vorrang haben soll. Gesetze werden uns in dieser Frage nicht weiterhelfen, denn es geht um übergeordnete, letztlich ethische Fragen des Umgangs mit den Zeugnissen der nationalsozialistischen Vergangenheit. Der Denkmalschutz ist dabei lediglich ein Instrument im Entscheidungsprozeß der Politik - erinnert sei hier nur an die inzwischen auf politischer Ebene entschiedene Frage Erhalt oder Abriß des "Palast der Republik". Wenn man hier mit leichter Hand dabei ist, ein symbolisches Zeugnis der untergegangenen DDR abzureißen - warum dann im gleichen Atemzug der Ensemble-Schutz für die Bauten des NS-Regimes?

Das Olympia-Gelände in seiner Symbolhaftigkeit und seiner nationalsozialistischen "Kontaminierung" kann meiner Meinung nach als Vergleich mit dem Gelände des KZ Sachsenhausen nicht herhalten - eine Sportstätte ist bei aller Vergleichbarkeit in der Architektursprache dennoch etwas anderes als ein Todeslager. Gleichwohl gab es seinerzeit im Zusammenhang mit der Berliner Olympia-Bewerbung in dem von Hilmar Hoffmann getragenen Gutachten zum Umgang mit dem Olympia-Stadion ja auch sehr ernstzunehmende Überlegungen und Vorschläge, wie dort die steingewordenen Zeugnissen der NS-Zeit durch künstlerische Verfremdung und Überformung ihres Pathos beraubt und für die Millionen Stadionbesucher zum Sprechen gebracht werden könnten. Auch ohne olympische Spiele in Berlin sollten diese Gedanken nicht in Vergessenheit geraten.

Ich respektiere alle Argumente, die in der Sachsenhausen-Diskussion geäußert wurde, seien sie für den Erhalt oder für die künstlerische Überformung des Geländes. Ich verstehe die Forderungen der ehemaligen Häftlinge, für die stellvertretend Wolfgang Szepanski eindrucksvoll seine Beziehung zu diesen Gebäuden geschildert hat. Ich sehe trotzdem in der künstlerischen Überformung des Geländes, wie Daniel Libeskind sie verwirklichen will, die einzige mich persönlich überzeugende Antwort.

Nachdenklichkeit ist gefordert, dann aber auch Entschlußkraft, wenn es gilt den derzeitigen schleichenden Prozeß der "Domestizierung" zu stoppen und eine von möglichst vielen mitgetragene Lösung zu verwirklichen.

### Abrechnung mit einer Heldenlegende

Über das Buch von Thilo Gabelmann (Pseudonym): "Thälmann ist niemals gefallen? - eine Legende stirbt", Berlin 1996, Verlag Das Neue Berlin

In der erzählten und geschriebenen Geschichte der Menschen gibt es viele Heldenlegenden. Manche sind unsterblich geworden, weil in ihnen historische und kulturelle Wahrheit in einer überhöhten Form tradiert werden. Andere Legenden sind kurzlebiger und büßen ihre Kraft schnell wieder ein. Solche Überlieferungen entwickeln ihre eigene Dynamik, die sich aus dem unstillbaren Wunsch vieler Menschen nach Glaube, Ideal und Identifikation speist. Die Thälmann-Legende vom einfachen Mann aus dem Volke, dem unbeugsamen Kämpfer, mitreißenden Redner, sowie vom klugen und weitsichtigen Theoretiker, die schon zu seinen Lebzeiten entstand und die von Zeitzeugen und seinen Weggefährten aus der Kommunistischen Partei, sogar von Ehefrau und Tochter mitgetragen wurde, trägt gewiß einige Züge solcher ursprünglichen Legendenbildung (ein Beleg dafür scheint mir auch das Lied von Wolf Biermann über "Teddy Thälmann" aus den sechziger Jahren).

Jedoch gibt es in diesem Fall auch noch eine andere, ganz wesentliche Seite, die jahrzehntelang tabu war, nämlich die bewußte Manipulation und Fälschung seitens der Geschichtsschreibung und Propaganda der DDR.

Diesem Thema ist ein Buch unter dem Titel "Thälmann ist niemals gefallen.?" gewidmet, das der Verlag Das Neue Berlin auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse vorlegt. Der Autor Thilo Gabelmann hat auf 320 Seiten auf der Grundlage einer Fülle von Archivmaterial nahezu alle Elemente der Thälmann-Legende zu widerlegen versucht. Damit hat er sich einer vom Umfang her riesigen Aufgabe gestellt, denn wer an der Thälmann-Legende rütteln will, muß sich ebenso gründlich mit der Geschichte der KPD in der Weimarer Republik wie mit dem kommunistischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus auseinandersetzen und darf auch die Geschichte der stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion nicht übergehen. Nicht ohne Grund hielt die SED-Führung bis zum Ende der DDR an dieser Legende fest. Sie bildete das Herzstück ihrer Legitimation als der führenden Kraft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

In diesem Buch bekommen wir erstmals einen Überblick über eine Reihe von wesentlichen Verfälschungen der Geschichte des KPD-Vorsitzenden, die vom Hamburger Aufstand, über die Wittorf-Affäre, seine Verhaftung 1933, die Befreiungsversuche und seine Ermordung bis in die achtziger Jahre zu den Prozessen gegen den angeblichen oder wirklichen Thälmann-Mörder reichen. Der Autor ist in den verschiedensten Archiven sowohl der manipulier-

ten Überlieferung als auch den historischen Tatsachen, die sich dahinter verbergen, nachgegangen. Manche Fakten sind einem Kreis von historisch Interessierten schon seit Jahren bekannt, andere kommen einer - wenn auch kleinen - Sensation gleich. Zum Beispiel die Identität des "unbekannten Kerkergegnossen", an den Thälmann 1944 im Zuchthaus einen ausführlichen Brief schrieb, der in der DDR - geschönt und geglättet - als das politische Vermächtnis des ermordeten KPD-Vorsitzenden galt. Thilo Gabelmann hat entdeckt, daß es sich bei diesem Kerkergegnossen um den jugendlichen Raubmörder Hans-Joachim Lehmann handelte, der im Zuchthaus Bautzen als Kalfaktor das Vertrauen des vereinsamten Thälmann (der ihn für einen Widerstandskämpfer hielt) gewinnen konnte. Gabelmann weist außerdem nach, daß den Verantwortlichen im Parteiarchiv und in der Parteiführung die Identität von Lehmann zweifelsfrei bekannt war und daß sie ihn zum "unbekannten Kerkergegnossen" stilisierten, damit kein dunkler Fleck auf die Geschichte des Helden falle.

In seinem Text gelingt es Thilo Gabelmann häufig - doch nicht immer - die Auseinandersetzung mit den Lügen und Verzerrungen der Geschichtsschreibung zu führen, ohne die historische Person Thälmann dabei zu denunzieren oder in neuer Weise zu glorifizieren. Dies ist eine schwierige Gratwanderung, denn die Wirklichkeit erweist sich nur selten als ein Gegenbild der Legende. Dabei scheint der Autor gelegentlich von der Fülle des Materials überwältigt worden zu sein. Manche seiner Darlegungen werden vermutlich nur intimen Kennern der KPD-Geschichte etwas sagen, weil Hintergründe und Zusammenhänge der Vorgänge fragmentarisch oder verworren bleiben. Zudem sind seine Argumentation und Gegendarstellung leider oft ungenau. Da werden Zitate nicht ausgewiesen, dadurch bleibt der Leser manchmal im Zweifel, ob es sich tatsächlich um eine historisch belegbare Äußerung der jeweiligen Person handelt oder um eine journalistische "Verlebendigung" eines Allgemeinplatzes. Häufig werden Namen von Gewährleuten des Autors oder Zeitgegnossen Thälmanns nicht genannt ("eine Zeitzeugin erzählt") oder nur mit der Abkürzung des Nachnamens bedacht. Dieses Vorgehen scheint auch deshalb wenig schlüssig, weil bisweilen an einer anderen Stelle des Buches plötzlich der abgekürzte Name in voller Länge erscheint. Unverständlich bleibt mir auch, warum er die Auseinandersetzung mit Peter Przybylski, der zu DDR-Zeiten ein Buch über den Thälmann-Prozeß in der Bundesrepublik geschrieben hat, und mit Gisela Karau, der Verfasserin eines ziemlich schwülstigen Kinderbuches über Ernst Thälmann, anonym führt. Gisela Karau heißt bei ihm nur "sie" und Przybylski ist "der Staatsanwalt, der in der DDR das Wort hatte". Diese Art in Andeutungen zu

denken und zu schreiben erinnert mich ein wenig an die Selbstzensur der DDR-Zeit. Bedauerlicherweise verliert das Buch dadurch an Glaubwürdigkeit, denn wenn man sich mit den Fälschern und Beschönigern von Dokumenten der Geschichte auseinandersetzt, muß man selbst sehr genau, vielleicht sogar übergenau sein. Ich möchte hier nicht einem trockenen wissenschaftlichen Stil und vielen Fußnoten das Wort reden. Präzision in der Darstellung und ein Nachweis der jeweiligen Quelle müssen keineswegs einen Verlust an Lebendigkeit oder Lesbarkeit mit sich bringen, auch Emotionen halte ich in diesem Zusammenhang nicht für unangebracht. Sie müssen allerdings deutlich einer Person, zum Beispiel dem Schreiber des Textes, zugeordnet werden können und nicht irgendwie allgemein im Raum schweben. Gerade hier liegt jedoch ein Problem. Der Stil von Thilo Gabelmann ist fast durchgängig von einem Abrechnungsgestus beherrscht, von einer moralischen Empörung über diesen Geschichtsbetrug, als dessen Opfer er sich wohl ansieht. Ich fürchte, daß diese Empörung heute schon ein bißchen abgestanden wirkt und daß viele Leser mit dieser Haltung nicht mehr viel anfangen können. Immerhin ist die Macht der SED ebenso wie die von ihr verbreitete Thälmannlegende schon seit sechs Jahren aus unserem Leben verschwunden. In den letzten zehn, fünfzehn Jahren der DDR dürfte der Thälmann-Kult zudem bei den nachwachsenden Generationen seine Bindekraft bereits eingebüßt haben, und wer heute noch unbeirrt am Heldenmythos festhält, der wird sich durch Argumente schwerlich davon abbringen lassen. Interessant und aufregend aber ist nach wie vor die wirkliche, lebendige, widerspruchsvolle Geschichte, die hinter der Legende hervortritt und deren Hauptperson Ernst Thälmann wohl nicht gewesen ist. Diese Geschichte kommt bei Thilo Gabelmann - verständlicherweise - etwas zu kurz, aber immerhin können wir ihre Umrisse ahnen. Annette Leo



# ZeitZeugen

## Börse

Wir organisieren und  
vernetzen  
Erinnerungsarbeit

Georgenkirchstraße 70  
10249 Berlin  
Tel./ fax  
030 - 2406 32 62

### Aufgaben und Ziele

Interessiert am reichen Erfahrungswissen älterer Menschen, organisieren und vernetzen wir Erinnerungsarbeit. Wir sind als Modellversuch finanziert vom Bonner Bildungsministerium und versuchen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die umfangreich existierende Arbeit mit Zeit-Zeugen bekannter zu machen: Wir stellen einerseits Kontakt unter den beteiligten Gruppen her und berichten andererseits über ihre Arbeit nach außen. Wir rufen auch eigene Projekte ins Leben. Darüber hinaus bieten wir ein sehr breites Spektrum von ehrenamtlichen Tätigkeiten in unserem Projekt an (z.B. ZeitZeugensucher, Interviewer, Vermittler von ZeitZeugen, Öffentlichkeitsarbeit, Hilfe bei unserer täglichen Organisation)

### Thematische Schwerpunkte

Wir suchen, fördern und vermitteln ZeitZeugen zu jedem aktuellen Thema, zu dem jemand konkrete, authentische Erfahrungen berichten kann, sei es aus seiner Lebensgeschichte, sei es zu einem bedeutsamen Ort oder auch zu sonst einem heute interessierenden Thema.

### Zielgruppen

Im allgemeinen sind es Menschen jenseits der Berufstätigkeit, also ältere. Da es jedoch zu unseren Aufgaben gehört, die aus der Erinnerung hervorgeholten Schätze nicht verrostet zu lassen, sondern sie vielmehr wieder unter die Leute zu bringen, ist unsere Zielgruppe jeder an diesen Erfahrungen Interessierte. In der Praxis sind das vor allem Journalisten, Schüler/Lehrer und Wissenschaftler.

### Angebote

Bei uns kann jeder Interessierte kostenlos an einer aufbauenden Reihe von Seminaren und Workshops teilnehmen. Wir veröffentlichen Ergebnisse von oder Anregungen zur Erinnerungsarbeit in unserer Zeitschrift **BörsenBrief**. In unserem monatlichen **jour fixe** diskutieren wir mit Experten aus der ZeitZeugenArbeit. In unserer vierzehntägigen Erzählrunde **Halbkreis** kann jeder aus seinem Leben erzählen.

### Material

Es gibt ein umfangreiches **Faltblatt**, unsere Zeitschrift **BörsenBrief**, einen **Fragebogen** für Zeitzeugen, den monatlichen **Suchaufruf** und den Anfang einer **Datenbank** mit Hinweisen, wo ZeitZeugen zu welcher Thematik zu finden sind. Wir bemühen uns, an Interessenten geeignete ZeitZeugen zu vermitteln.

Georg Eichinger  
Dr. Margit Bormann



## VERANSTALTUNGSVORSCHAU

1. Veranstaltungen des Aktiven Museums:  
Zu allen Veranstaltungen wird noch gesondert eingeladen

### Ausstellung:

*In diesem Hause...*

Gedenktafeln für Verfolgte des Nationalsozialismus in Berlin  
ab 2. September im Heimatmuseum Marzahn

### Filmreihe

in Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

## Von „Die Verlobte“ zu „Hitlerjunge Salomon“

nach unseren Filmreihen zum Thema Nationalsozialismus aus der Nachkriegszeit der Bundesrepublik Deutschland und der früheren DDR wollen wir dieses Projekt mit Filmen der achtziger und neunziger Jahren abschließen.  
Die vorläufig letzte Reihe mit den folgenden fünf Filmen findet wieder in Zusammenarbeit mit dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand e.V. und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand statt. Voranmeldungen werden von uns gerne entgegengenommen: Tel. 2119007  
Die Filmveranstaltungen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin sind entgeltfrei. (Programmänderungen vorbehalten.)

Sonntag, 06.10.96 um 10.00 Uhr „Die Verlobte“ DDR 1980

Regie: Günter Rucker, Günter Reisch, Darsteller: Jutta Wachowiak, Regimantas Adomaitis  
Eine Filmerzählung nach dem alten Motiv einer großen, durch gewaltsame Trennung und existentielle Ausnahmesituation unangefochtenen Liebe in der Zeit des Nationalsozialismus

Sonntag, 20.10.96 um 10.00 Uhr „Georg Elser“ BRD/USA 1989

Regie: Klaus Maria Brandauer, Darsteller K.M. Brandauer, Rebecca Miller, Brian Dennehy  
Brandauers Regiedebüt verarbeitet historische Tatsachen und rekonstruiert das Attentat auf Hitler des Einzelgängers Elser, der kurz vor Kriegsende in einem Konzentrationslager ermordet wurde.

Sonntag, 03.11.96 um 10.00 Uhr „Die Schauspielerin“ DDR 1988

Regie: Siegfried Kühn, Darsteller: Corinna Harfouch, Andre Hennicke, Michael Gwisdek  
Die Liebe zweier Schauspieler im Deutschland. Er ist Jude und am Jüdischen Theater in Berlin engagiert. Um ihre Liebe aufrechtzuerhalten und ihm nahe zu sein, nimmt sie eine jüdische Identität an.

Sonntag, 17.11.96 um 10.00 Uhr „Hitlerjunge Salomon“ BRD/F 1989

Regie: Agnieszka Holland, Darsteller: Piotr Kozlowski, Marco Hofschneider, Salomon Perel u. a.  
Ein jüdischer Junge muß Nazi-Rollen spielen, um zu überleben. Der auf Tatsachen basierende Film wirkt vor allem durch die Authentizität der in Berlin und Polen gedrehten Szenen und die Darstellerleistung.

Sonntag, 01.12.96 um 10.00 Uhr „Mutters Courage“ Deutschland 1996

Regie: Michael Verhoeven, Darsteller George Tabori, Pauline Collins, Ulrich Tukur  
Michael Verhoeven erzählt einen Tag aus dem Leben von Taboris Mutter, die mit Selbstbewußtsein, Courage und unwahrscheinlichem Glück einem Todestransport ungarischer Juden entkommt  
Der Film wurde auf der Berlinale 1996 mit einem Silberner Bär ausgezeichnet.

## Reise nach Kreisau, Breslau und Groß Rosen

Für Teilnehmer/innen bis 26 Jahre führt das *Aktive Museum* in Zusammenarbeit mit *Stattreisen e.V.* in der Zeit vom 28. September bis 5. Oktober 1996 eine Reise nach Schlesien/Polen durch.

Auf sehr unterschiedliche Weise finden sich in Kreisau/Krzyzowa, Breslau/Wroclaw und Groß Rosen/Rogoznica Spuren für eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus:

Im niederschlesischen Kreisau befindet sich der ehemalige Gutshof der Familie von Moltke. Der letzte deutsche Besitzer des Guthofes Helmuth James Graf von Moltke war der organisatorische Kopf einer der wichtigsten Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus, des *Kreisauer Kreises*. In den Jahren 1942 und 1943 kamen hier Sozialdemokraten und Konservative, adlige Gutsbesitzer und Bürgerliche, Protestanten und Katholiken zusammen, um gemeinsam für eine Überwindung des Nationalsozialismus zu kämpfen. In den vergangenen Jahren ist an diesem Ort auf deutsche und polnische Initiative hin die *Internationale Jugendbegegnungsstätte Kreisau* entstanden.

Die von den Nazis zur *Festung* erklärte und am Ende des Kriegs völlig zerstörte Stadt Breslau wurde nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches und der Vertreibung der deutschen Einwohner von polnischen Zwangsumsiedlern aus ehemals ostpolnischen Gebieten wiederaufgebaut. Das heutige Wroclaw ist ein hervorragendes Beispiel für die weitreichenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse, die Polen seit dem Umbruch 1989 prägen.

Nur etwa 30 km von Kreisau entfernt lag das KZ Groß Rosen. Hier wurden Häftling zur Zwangsarbeit in Steinbrüchen eingesetzt, um u.a. für Albert Speers *Führerbauten* in Berlin Granit abzubauen. Bis zur Befreiung des Konzentrationslagers im Januar 1945 wurden ca. 40.000 Menschen Opfer des Prinzips *Vernichtung durch Arbeit*. Im April 1983 wurde in Rogoznica das *Staatliche Museum Gross-Rosen* errichtet. Das Archiv der Gedenkstätte verfügt über NS-Aktenbestände des ehemaligen Lagers, *Sterbebücher* sowie Häftlingsbriefe und -berichte. Studiengruppen stehen diese Bestände während des Aufenthalts in der Gedenkstätte zur Verfügung.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 450.- DM. Er enthält die Kosten für die Hin- und Rückreise, der Unterbringung, der Verpflegung und des Programms sowie der Teilnehmersversicherung.

In der Geschäftsstelle des Aktiven Museums ist für die Organisation und Durchführung der Fahrt Georg Armbrüster zuständig.

Um organisatorische und inhaltliche Fragen zu besprechen und ein erstes Kennenlernen der Teilnehmer/innen zu ermöglichen findet am Samstag, 24. August 1996 ein Vorbereitungstreffen statt (Treffpunkt: Geschäftsstelle des Aktiven Museums). Im Rahmen der Fahrtvorbereitung sind darüber hinaus ein *Stadtrundgang* mit *Stattreisen e.V.* und in der *Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz* die Durchführung eines *Studientages Polen* vorgesehen.

Alle Teilnehmer/innen erhalten einen *Reader* mit Texten zur politischen Situation in Polen und Literaturhinweisen.

Für die Fahrt wurde eine Anerkennung als Bildungsveranstaltung nach dem Berliner Bildungsurlaubsgesetz beantragt.

PROGRAMMSamstag, 28. September 1996

Anreise nach Kreisau/Krzyzowa (Anreise per Bahn; Bustransfer ab Wrocław)

Mittagessen

Orts erkundung (Gutshof, Berghaus, Kapellenberg, Kreisau)

Abendessen

Sonntag, 29. September 1996

Frühstück

Fortsetzung der Orts erkundung

Mittagessen

Seminarprogramm: *Der polnische und deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus*

Abendessen

Informationsgespräch: *Stiftung "Kreisau" und IJBS Kreisau - Ziele, Projekte und Pläne*Montag, 30. September 1996

Frühstück

Besuch der *Friedenskirche* bei Kreisau

Mittagessen

Weiterreise nach Wrocław (Bus)

Abendessen

Dienstag, 1. Oktober 1996

Frühstück

Historischer Stadtrundgang mit dem Schwerpunkt *Jüdisches Breslau*

Mittagessen

Besuch des *Panorama-Gemäldes*/Freizeit

Abendessen

Besuch einer kulturellen Veranstaltung

Mittwoch, 2. Oktober 1996

Frühstück

Weiterreise nach Strzegom (Bus)

Fahrt in die Gedenkstätte/Mittagessen

Führung durch das Stammlager und den Granitsteinbruch

Abendessen im Hotel

Donnerstag, 3. Oktober 1996

Frühstück im Hotel

Fahrt in die Gedenkstätte/Besuch des Archivs/Pflegerische Arbeiten auf dem Gelände

Mittagessen (in der Gedenkstätte)

Individuelle Besichtigung der Gedenkstätte/Stadtrundgang in Strzegom

Abendessen im Hotel

Treffen mit einem ehemaligen Häftling des KZ Groß Rosen

Freitag, 4. Oktober 1996

Frühstück im Hotel

Tagesexkursion zu Nebenlagern des KZ Groß Rosen im Eulengebirge

Abendessen im Hotel

Auswertungsgespräch

Samstag, 5. Oktober 1996

Frühstück im Hotel

Rückreise nach Berlin per Bahn (Bustransfer Strzegom-Wrocław)

---

ANMELDUNG

Hiermit melde ich mich verbindlich zur Teilnahme an der Schlesien-Reise des *Aktiven Museums* vom 28. September bis 5. Oktober 1996 an:

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Beruf: \_\_\_\_\_

Tel. (privat/dienstl.): \_\_\_\_\_

Bankverbindung/Institut: \_\_\_\_\_ Kto.-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_

(für den Fall einer Rückzahlung)

Den Teilnehmerbeitrag überweise ich bis spätestens 14 Tage vor Fahrtbeginn auf das Konto des *Aktiven Museums*.

(Berliner Sparkasse, Kto.-Nr. 610012282, BLZ 100 500 00)

## Veranstaltungen von Mitgliedern und Freunden

### Ausstellungen und ihre Begleitveranstaltungen:

noch bis 16. Juni

Lilia Busse, Malerei

(1897 - 1958)

Emanzipation und Konvention

Gutshaus Steglitz (Wrangelschloßchen), Schloßstr. 48, 12165 Berlin

DI/DO-So 10- 17, Mi 10-20 Uhr

ab 20. Juni, 18.00 Uhr (Eröffnung)

**Geschichte läßt sich nicht wegsprühen.** Ausstellung in der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche, Puchanstr. 12, Nähe S-Bahnhof Köpenick

### Einzelveranstaltungen:

18. Juni, 19.00 Uhr

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Heinrich-Grüber-Platz, Oranienburg

Podiumsdiskussion **Die Zukunft der Gedenkstätten im Land Brandenburg** mit Joachim Görlitz, Leiter der Dokumentationsstelle Brandenburg, Dr. Sigrid Jacobeit, Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Dr. Günter Morsch, Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, Moderation: Prof. Dr. Jügen Dittberner, Direktor der Stiftung.

22. Juni, 15.00 Uhr

Diskussion über die Ausstellung **Köpenicker Blutwoche Juni 1933**

mit Mitgliedern des Historikerbeirats in der gleichnamigen Gedenkstätte, s. u. Ausstellungen

#### **Wer weiß etwas über Maria Jankowski?**

Maria Jankowski aus der Borgmannstr.18 war von 1920 bis 1933 Bezirksverordnete der SPD, zeitweise Stadträtin, Mitglied des Sozialausschusses und Wohlfahrtsvorsteherin in Köpenick. Im März 1933 wurde sie von SA-Schlägern so brutal mißhandelt, daß sie wochenlang im Krankenhaus liegen mußte.

Zu ihrem 50. Todestag am 23. Juli 1996 soll noch mehr über das Leben und das soziale, fürsorgliche Wirken dieser mutigen Frau an die Öffentlichkeit.

Wer etwas über Maria Jankowski weiß, melde sich bitte in der

**Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche Juni 1933, Puchanstr.12, 12555 Berlin-Köpenick**

Tel. 65 714 67 oder beim

**Bund der Antifaschisten Köpenick e.V. , gleiche Anschrift, Tel. 65 16 367**

25. Juni, 11.00 c.t.

Hörsaal 113, im Haus 11, Am Neuen Palais 10 in Potsdam

**Verleihung der Ehrendoktorwürde an Dr. Arnold Paucker**

Laudatio: Prof. Dr. Julius H. Schoeps

Dr. Arnold Paucker spricht zum Thema: Berlin/Potsdam - London. Zum Werdegang eines deutsch-jüdischen Historikers.

23. - 25. August

Tagung **Ärztliche Verantwortung heute. 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozessen.** Zu Geschichte, Gegenwart und den ethischen Schlußfolgerungen.

Gedenkstätte Bernburg, Olga-Benario-Str. 16/18, 06406 Bernburg, Tel./FAX 03471-22149 dort bitte nach Programmen fragen.

19. September 19.00 Uhr

Volksbühne, Roter Salon

**Gemeinsames Dach oder Autonomie? Die Zukunft der NS-Gedenkstätten in der Region Berlin-Brandenburg**

Veranstaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Музей Берлин-Карлсхорст  
Museum Berlin-Karlshorst

**КОНТАКТЫ!**  
**KONTAKTE**

- Termine: Vorbereitungsseminar im September 1996
- Teilnehmerzahl: max. 25 Personen
- Kosten: DM 1.100,-
- Anmeldeschluß: 10. August 1996
- Bankverbindung: Museum Berlin-Karlshorst e.V.  
Dresdner Bank, BLZ 100 800 00  
Konto Nr. 68 11 188 00  
Schriftwort: Reise 1996
- Hinweis: Für diese Reise kann Bildungsurlaub beantragt werden
- Anmeldungen bei: Museum Berlin-Karlshorst  
Zwieseler Str. 4, 10318 Berlin  
Tel. 509 8609
- oder bei: Kontakte e.V.  
Fritz-Elsas-Str. 8-9, 10825 Berlin  
Tel. 854 98 11

**Seminarreise Brest-Minsk-Vitebsk  
vom 27. Sept. bis 7. Okt. 1996**



**Seminarreise Brest-Minsk-Vitebsk-  
vom 27. Sept. bis 7. Okt. 1996**

Das Museum Karlshorst und der Verein Kontakte e.V. bieten in diesem Jahr zum ersten Mal gemeinsam die schon traditionelle Seminarreise nach Weißrußland an. Die Reiseroute führt auch diesmal wieder abseits der großen Städte in die Dörfer und kleinen Ortschaften, in denen heute noch Zeitzegen der deutschen Besatzung der Jahre 1941-1944 anzutreffen sind.

Gespräche mit Holocaust-Überlebenden und Kriegsveteranen gehören ebenso zum Programm wie der Besuch von historischen Museen, Film- und Foto-Archiven und der Geburtsstätte von Marc Chagall in Vitebsk.

In Minsk wird es auch die Möglichkeit geben, das kulturelle Leben Weißrußlands kennenzulernen.

Es gibt wohl kaum eine weißrussische Familie, die nicht ihre schrecklichen Erfahrungen mit der deutschen Besatzung in den Jahren 1941-1944 gemacht hat, - ein Viertel der Bevölkerung ist in dieser Zeit ums Leben gekommen. Umso überraschender ist immer wieder die herzliche Aufnahme durch die Bevölkerung.

In den Begegnungen mit den Menschen lernt man mehr über das Land und seine Geschichte, als es Bücher und Standardwerke leisten können.

Ein Vorbereitungsseminar im deutsch-russischen Museum um Berlin-Karlshorst wird die Reiseteilnehmer in die Geschichte Weißrußlands und die Geschichte des Krieges 1941-1944 einführen.

Hiermit melde ich mich an :

Name .....

Geburtsdatum .....

Paß-Nr. ....

Adresse .....

Telefon .....

\_\_\_\_\_  
(Ort/Datum/Unterschrift)



Kreuzstraße 3-3  
10787 Berlin  
Telefon 2 11 90 37  
Telefax 2 17 71 33  
E-Mail-Adresse  
BVG-BLZ 100 105 11  
Konto-Nr. 1 040 298 000

Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung  
Deutscher Gewerkschaftsbund/Volkshochschulen

Ich melde mich hiermit verbindlich an für das Seminar

Nr. .... Ort .....

Thema: ..... vorr. .... lss: .....

Name: ..... Vorname: .....

Adresse: .....

Geburtsdatum: ..... Datum: .....

Tele. privat: ..... Tel. Betrieb: .....

Arbeitgeber: .....

ADG/ESSO: .....

Mitglied einer Gewerkschaft? ja  nein  weicher? .....

Bankverbindung: Bank: ..... Mo-Nr: ..... BLZ: .....

(im Fall einer Rückzahlung)

Die personalbezogenen Daten werden neben interner Verarbeitung nur für pädagogische Zwecke an die Seminarleitung weitergegeben.

Ich beabsichtige die Freizeitarbeit nach

dem Berliner Bildungsurlofsgesetz

der Sonderurlaubverordnung

§ 37 Abs. 6 BzBeruVG, § 42 Abs. 3 UPersVG, § 46 Abs. 6 BfBeruVG

Die Teilnahmebedingungen habe ich gelesen und erkenne sie als verpflichtend an.  
Durch die Anmeldung verpflichte ich mich, an allen Programmpunkten des Seminars teilzunehmen.

Berufliche Angaben:

Betriebsgröße:  1 - 20  21 - 100  100 - 1.000  über 1.000

Berufliche Stellung:

Arbeiter/in

Angestellter/in

Beamt/Lehrer

Auszubildender

Arbeitslos

Beschäftigt im öffentlichen Dienst

Welcher Schulabschluss?

Betriebsratsmitglied

Gewerkschaftliche Funktionen:

Datum: ..... Unterschrift: ..... (Bei Minderjährigen zusätzlich Unterschrift des gesetzlichen Vertreters)

Nur von Arbeit und Leben auszufüllen:

Bestätigung: ..... Abgabe: ..... Einleitung: .....

Anmeldung

Bildungsurlofbewußt nutzen -  
Sie haben 5 Tage im Jahr!

Arbeit und Leben, Kreuzstraße 1-3, 10787 Berlin



Landesarbeitsgemeinschaft  
für politische Bildung  
Telefon 0 30 2 17 71 33  
Telefax 0 30 2 17 71 33  
Bank für Gemeinwohl  
Berlin  
BLZ 100 105 11  
Kto-Nr. 1040 298 000

# 1933-45

"Natürlich interessiert mich das."

"Das wollte ich mir auch schon öfters mal ansehen."

"Irgendwie kam immer etwas dazwischen."

Gedenkstätten ziehen nicht gerade ein Massenpublikum an. Um sich ihnen unbefangener zu nähern und Schwellenängste abzubauen, führt ARBEIT UND LEBEN Berlin e.V. in Kooperation mit den Gedenkstätten dieses Seminar durch.

Die einwöchige Bildungsurlofsveranstaltung soll dazu beitragen, die sehr unterschiedlichen Einrichtungen als Chance zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu begreifen.

Die Veranstaltung findet bis auf die Exkursionen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 131/14, 10785 Berlin, statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 70,- DM (erm. 35,- DM).

Anmeldung und weitere Informationen zum Seminar bitte bei:  
ARBEIT UND LEBEN e.V.  
Kreuzstraße 1-3, 10787 Berlin, Tel. 2 11 90 07 Fax. 2 17 71 33

Bildungsaufbau bewährt nutzen -  
Sie haben 5 Tage im Jahr!

## Bewußter Umgang mit Geschichte - bessere Orientierung in der Gegenwart

Einwöchige Bildungsaustauschveranstaltung vom 26.08. - 30.08.1996 zum Thema:

### Gedenkstätten zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Widerstandes in und bei Berlin

in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Gedenkstätte Haus der  
Wanssee-Konferenz, Gedenkstätte Kämpferer Blutwoche und der Topographie des Terrors  
Studienleitung und organisatorische Betreuung: Elisabeth Heidötting-Skub, Eberhard Effert

Montag, 26.08.96  
09.00 - 10.30 Uhr

Begrüßung, Vorstellungsrunde  
Einführung in das Programm

Gedenkstätten in Berlin  
historischer Rückblick

unterschiedliche Schwerpunktsetzung in Ost und West

11.00-12.30 Uhr

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Führung durch die Ausstellung  
mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung

12.30 Uhr

Mittagessen

14.00 - 17.00 Uhr

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Fortsetzung der Arbeit in der Ausstellung  
Informationsgespräch über die pädagogische  
Konzeption der Gedenkstätte

Dienstag, 27.08.96  
09.00 - 12.30 Uhr

Stadtrundfahrt zu Stätten des Terrors, des  
Widerstandes und des Gedenkens

Gedenkstätte Plötzensee, ev. Gemeindezentrum  
Plötzensee, kath. Kirche Maria Regina Martyrum,  
die Deportations-Denkmale auf der Pulitzbrücke und  
Levetzowstraße, Reichskriegsgericht, Jüdisches  
Gemeindehaus Fasanenstraße, Neue Synagoge in der  
Oranienburger Straße, Große Hamburger Straße,  
ehemaliges Polizeipräsidium am Alexanderplatz,

Mittagessen

14.00-17.00 Uhr

Topographie des Terrors

Führung durch die Ausstellung auf dem Gestapo-Gelände  
Diskussion über die Perspektiven der Einrichtung und  
die bisherige pädagogische Arbeit

Mittwoch, 28.08.96  
10.00 - 16.30 Uhr

Gedenkstätte Sachsenhausen

Führung durch die Gedenkstätte und Informationsgespräch über  
die Veränderung des Selbstverständnisses seit 1990  
Aufarbeitung der Geschichte des sowjetischen  
Internierungslagers von 1945-50

12.30 - 14.00 Uhr

Mittagessen in Oranienburg

14.00 - 17.00 Uhr

Die Zentrale der Konzentrationenlager in Sachsenhausen

Der Umgang mit dem Erbe des SS-Staates heute

Der Entwurf vom Daniel Libeskind für die Umgestaltung  
Einführung und Rundgang mit Dr. R. Mörsch, Leiter der  
Gedenkstätte Sachsenhausen

Donnerstag, 29.08.96  
10.00 - 16.00 Uhr

Gedenkstätte Haus der Wanssee-Konferenz

Vorstellung der Konzeption der Einrichtung und  
der Möglichkeiten für die Bildungsarbeit (Mediothek)  
Führung durch die Ausstellung

12.30 - 14.00 Uhr

Mittagessen

14.00 - 17.00 Uhr

Informationsgespräch über die bisherigen Erfahrungen mit der  
Ausstattung und den pädagogischen Möglichkeiten der  
Einrichtung

Freitag, 30.08.96  
09.00 - 12.00 Uhr

In der Gedenkstätte DeutscherWiderstand.

Gedenkstättenarbeit - gesellschaftliches Ritual oder  
Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte

Erfahrungsaustausch über den Umgang mit Gedenkstätten-  
Besuchen und mögliche Auswirkungen auf die eigene politische  
Urteilsbildung, die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte, auf  
den (Schul)Unterricht, Kulturbetrieb, kirchlichen Arbeit sowie auf  
Aktivitäten in anderen Bereichen

Mittagessen

14.00 - 17.00 Uhr

Bilanz - Auswertung des Seminars,  
Anregungen und Semimarktitel

Ausgabe von Teilnahmebescheinigungen



Ausstellung 1945: *Jetzt wohin?* im Garten der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz

Foto: Jürgen Henschel